



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Verfassungsschutzbericht 2011:

Information und Prävention

NPD muss verboten werden

Innenminister Joachim Herrmann hat in München den Verfassungsschutzbericht Bayern für das Jahr 2011 vorgestellt. Schwerpunkt war dabei die Bekämpfung des Rechtsextremismus. „Seit Herbst 2011 beobachten wir eine Zunahme der Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene. Dabei stellen wir auch ein erhöhtes Aggressions- und Gewaltpotenzial fest. Die Anwendung von Gewalt wird von Rechtsextremisten als legitimes Mittel angesehen“, erklärte Herrmann.

Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten lag im vergangenen Jahr mit 57 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (2010: 58 Gewalttaten). Die rechtsextremistische Szene und ihre Entwicklung müsse weiterhin besonders im Auge behalten werden. Der Innenminister: „Das gilt umso mehr angesichts der Erkenntnisse zur Zwickauer Terrorzelle. Wir werden künftig einzelne Neonazis mit besonderem Gewaltpotenzial noch intensiver beobachten und überprüfen. Damit unterstreichen wir unser konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus.“

Islamistischer Terrorismus

Besondere Wachsamkeit erfordere auch der islamistische Terrorismus. „Die Ereignisse in Frankreich machen die unverändert bestehende Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus deutlich. Und sie zeigen, dass gerade von radikalisierten islamistischen Einzeltätern eine erhöhte Gefahr aus“, betonte Herrmann.

Der Minister bezeichnete auch die Aufklärung über den Rechtsextremismus als Schwerpunktaufgabe des Verfassungsschutzes: „Information und Prävention spielen beim Kampf gegen den Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle. Daher haben wir unsere Rechtsextremismus-Broschüre 'Hellhörig bei braunen Tönen' wesentlich überarbeitet. Sie eignet sich vor allem für die Arbeit mit Jugendlichen.“

Die Broschüre thematisiert et-

wa braune Musik, braunen Sumpf im Internet oder braun verpackte Jugendarbeit. Sie informiert über rechtsextremistische Symbole und Buchstaben- bzw. Zahlencodes. Ebenso wird eine Reihe von Ansprechpartnern genannt, die mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Broschüre kann beim Innenministerium bestellt werden und ist auch online abrufbar.

Herrmann unterstrich erneut die Notwendigkeit eines NPD-Verbots. Sie sei die größte rechtsextremistische Partei und wolle die demokratische Grundordnung und die Menschenrechte abschaffen. Herrmann: „Ich begrüße es sehr, dass sich die Innenminister und -senatoren der Länder gestern darauf geeinigt haben, den Weg zu einem neuen, erfolgreichen Verbotsantrag konsequent fortzusetzen. Wir werden jetzt das für ein Verbot erforderliche Material zusammentragen. Ziel muss es sein, dass noch in diesem Jahr über die Einleitung eines Verbotsverfahrens entschieden werden kann.“

Linksextremismus

Neben dem Rechtsextremismus dürften selbstverständlich die anderen Formen des Extremismus keinesfalls aus den Augen verloren werden. Das gelte gerade jetzt für den Linksextremismus. Herrmann: „Linksextremisten missbrauchen gerade jetzt den breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus. Ihre Ziele, die sie unter dem Deckmantel des Antifaschismus verfolgen, reichen weit über die bloße Bekämpfung des Rechtsextremismus hinaus.“ Linksextremisten arbeiten in demokratischen Bündnissen gegen Rechtsextremismus mit und unterwandern sie mit ihrem linksextrem-



KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle (r.) begrüßte beim jüngsten Treffen des KPV-Landesvorstandes in München Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder. Dabei standen die Themen Schuldentilgung, kommunaler Finanzausgleich und Landesbank auf der Tagesordnung. Der Freistaat, so Söder, setze auf Schuldentilgung durch Konsolidierung. Sein Augenmerk richte sich auf das gesamtstaatliche Gemeinwohl.

Neuer KPV-Landesvorstand

Die Neuwahl des Landesvorstands war zentraler Bestandteil der Jahrestagung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Kulmbach. Mit überwältigender Mehrheit wurde Landesvorsitzender Stefan Rößle (Landrat Donau-Ries) in seinem Amt bestätigt.

Vorsitzender: Stefan Rößle

Drei Stellvertreter: Für die Landkreise Georg Huber, für die Städte Gabriele Bauer, für die Gemeinden Alois Rainer

Repräsentant der Bezirke: Josef Mederer

Zwei Schriftführer: Christoph Göbel und Dr. Klemens Gsell
Zehn weitere Mitglieder: Heinrich Bachmann, Robert Brannekämper, Anja Burckhardt, Matthias Dießl, Hans Loy, Gerhard Lunz, Gerhard Preß, Prof. Dr. Ulrich Reuter, Alois Scherer, Johann Stadler

Zehn Mitglieder im Hauptausschuss: Stephan Gawlik, Gerhard Weber, Aloisia Hausberger, Josef Lamperstorfer, Cornelia Wohllhüter, Kaspar Rager, Josef Bauer, Ulrich Tetzner, Roswitha Nöbauer, Cornelia Trinkl.

Ein ausführlicher Bericht über die Landesversammlung 2012 erscheint in Ausgabe 8 der Bayerischen GemeindeZeitung. **DK**

stischen Gedankengut. Das Forum, das den bürgerlichen Bündnissen geboten wird, wird dabei von Linksextremisten für ihre eigenen Botschaften ausgenutzt.

Eine positive Entwicklung hat es im vergangenen Jahr aber bei den linksextremistischen Gewalttaten gegeben. Nach ständig steigenden Zahlen in den vergangenen Jahren ist die Zahl hier im Jahr 2011 mit 57 registrierten Gewalttaten etwa um zwei Drittel im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Ursächlich hierfür waren vor allem eine geringere Anzahl rechtsextremistischer Großveranstaltungen in Bayern, aber auch das konsequente Einschreiten der Polizei gegen Gewalttäter und die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes.

Herrmann zufolge muss nach wie vor auch dem islamistischen Terrorismus besondere Aufmerksamkeit widmet

den. Das zeigen aktuell die Ereignisse in Frankreich. Auch wenn die genauen Umstände noch nicht geklärt sind, scheint jetzt schon die islamistische Motivation des mutmaßlichen Täters sicher. In Deutschland sei das Attentat auf amerikanische Soldaten Anfang März 2011 am Frankfurter Flughafen der erste tatsächlich vollendete islamistische Terroranschlag gewesen. Der Minister: „Beide Fälle machen deutlich, dass gerade von Einzeltätern und Kleinstgruppen eine erhöhte Gefahr ausgeht. Diese einsamen Wölfe können sich weitgehend unmerkelt über das Internet radikalisieren - so wie der Frankfurter Attentäter.“

Salafismus

Der Salafismus sei bei der islamistischen Bewegung die am schnellsten wachsende Bedrohung. Salafisten lehnen weltliche Gesetze und die Werte westlicher Gesellschaftssysteme als unislamisch und unterlegen ab. Die Übergänge zwischen politischen Salafisten und gewaltbereiten Dschihad-Salafisten seien dabei fließend. Herrmann: „Der politische Salafismus bildete bei den bislang bekannt gewordenen terroristischen Planungen oder Anschlägen den geistigen Nährboden. Die Indoktrination bei Salafismus-Veranstaltungen führt in vielen Fällen dazu, dass sich Teilnehmer radikalisieren. Eine Schlüsselrolle spielt auch das Internet.“ In Bayern würden sich die Anhänger der Salafisten verdichten.

Ausbau der Breitbandversorgung:

Tropfen auf den heißen Stein

Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände

Die Bayerische Staatsregierung hat den Ausbau der superschnellen Internetverbindungen in Bayern beschlossen. Somit wurden die Weichen gestellt für ein Gesamtkonzept einer Bayerischen Breitbandstrategie.

Kernpunkt des Konzepts ist in einem ersten Schritt die Förderung von Hochgeschwindigkeitsnetzen in besonders strukturschwachen Gebieten und in solchen Regionen, die von der Bundeswehrreform und dem Abzug der US-Streitkräfte stark betroffen sind. Dafür will die Staatsregierung in den nächsten fünf Jahren 100 Millionen Euro ausgeben. In einer weiteren Stufe soll das Programm über strukturschwache Gebiete hinaus um ein bayernweites Förderprogramm ergänzt werden.

Meilenstein

Die Einzelheiten, insbesondere finanzielle Ausstattung, Modellprojekte sowie Förder- und Priorisierungskriterien, wird eine Arbeitsgruppe erarbeiten und dem Kabinett bis April zur Entscheidung vorlegen. Wirtschaftsminister Zeil zufolge „ist der Beschluss des Ministerrats ein bedeutender Meilenstein für den zeitgemäßen Ausbau des schnellen Internets in ganz Bayern“. Damit der Freistaat Bayern auch weiterhin an der Spitze stehe, wolle man die Gemeinden unterstützen, die den Breitbandausbau fürs schnelle Internet nicht aus eigener Kraft schultern können.

Kumulationsgebiete

Das Förderprogramm umfasst die modellhafte Förderung von Breitbandinfrastrukturen in Gewerbegebieten und sogenannten Kumulationsgebieten, also solchen abgrenzbaren Teilen von Gemeinden, in denen mindestens fünf Unternehmen angesiedelt sind. Die Förderung bezieht sich auf die Herstellung von Endkundenanschlüssen und nicht auf den Ausbau von Leerrohrinfrastrukturen. Damit wird sichergestellt, dass die geförderte Infrastruktur tatsächlich betrieben wird. Dem Netzbetreiber wird die eventuell errechnete Wirtschaftlichkeitslücke ausgeglichen. Zudem ist die Einrichtung einer Koordinie-

rungsstelle für die Aktivitäten der Gemeinden im jeweiligen Landkreis geplant. Damit sollen Synergien ermöglicht und eine Ausschreibungsbündelung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit erreicht werden. Der staatliche Fördersatz für die kommunalen Zuwendungen an die Netzbetreiber wird voraussichtlich 80 Prozent betragen.

Schlüssige Antworten

Minister Zeil unterstrich, dass die bayerische Politik bereits schlüssige Antworten auf die Herausforderung steigender Internetbandbreiten gebe und ihre Anstrengungen mit Nachdruck weiterführen werde. „Mit der Bayerischen Breitbandförderung haben wir bereits erfolgreich den Grundstein für eine Internet-Versorgungsrate von über 99 Prozent im Freistaat gelegt. Im Rahmen der Breitbandrichtlinie haben wir zwischen 2008 und 2011 in 1301 Gemeinden den Ausbau von (Fortsetzung auf Seite 2)



Die wahren Best-Agers sind die Middle-Agers, meint der Bürgermeister, selbst Anfang Fünfzig. Auslöser dieser These ist ein Zeitungsinterview mit einem britischen Evolutionsbiologen, der die Männer und Frauen zwischen 40 und 60 Jahren zur Krone der Evolution und sogar zum Meisterstück der Natur erklärt. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Wissen ist Energie. Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Das erwartet Sie: Noch mehr Fachvorträge von Experten; kompetente Gesprächspartner aus Politik, Wissenschaft und Energiebranche sowie eine deutlich erweiterte Ausstellung mit individuellen Lösungsvorschlägen. Mehr Information unter www.gemeindezeitung.de.

Vormerken!
28. Juni
2012

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Breitbandausbau: Fünf-Jahres-Konzept	2
Digitalfunk später und teurer	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Die QR-Codierung: Kurze Frage, schnelle Antwort	3
Jahrespressekonferenz Sparkassenverband Bayern	3
Netzkongress der CSU: In Freiheit und Fairness	4
GZ-Fachthemen: IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung	5-6
Abfall · Umwelt	7
Kommunalfahrzeuge	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Digitalfunk später und teurer

Vollendung 2015 statt 2013
Opposition kritisiert Kosten für die Kommunen

Die Umstellung des Digitalfunks für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste läuft nicht wie geplant. Bis Ende dieses Jahres soll die Hälfte der erforderlichen rund 945 Sende- und Empfangsstationen fertig sein. „Der Aufbau schreitet voran“, versicherte Innenstaatssekretär Gerhard Eck (CSU) im Sicherheits- und Kommunalausschuss des Landtags. Er räumte ein, dass der vor zwei Jahren gesetzte Vollendungstermin 2013 wegen vieler Schwierigkeiten in der Technik und vor Ort nicht zu halten sei. Derzeit bereite die Polizei in München die Umrüstung vor, nächstes Jahr sollen das nördliche Oberbayern, Mittel- und Unterfranken folgen. Die Kosten liegen mit derzeit kalkulierten 900 Mio. Euro deutlich höher als geplant. Wichtiger Partner bleiben demnach die Kommunen, die an den Umstellungskosten beteiligt sind.

Es sei wichtig, „dass die Einführung des Digitalfunks möglichst im Einvernehmen erfolgt“, betonte der Staatssekretär. Das umfasse auch die Standortwahl für die Sender. Auf die gestiegenen Kosten ging Eck nicht näher ein. Von den bisher im Haushalt vorgesehenen 250 Mio. Euro seien bislang lediglich 105 Millionen ausgegeben worden. Skeptisch nahm die Koalition bei grundsätzlicher Zustimmung dazu Stellung. Manfred Ländner (CSU) wollte dem Staatssekretär „Brief und Siegel“ dafür geben, „dass wir bei weit über einer Milliarde landen werden“.

Kostenveranschlagung

Für die Opposition ist die flächendeckende Umstellung eine von Misserfolgen, geprägte unendliche Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen“, wie Helga Schmitt-Bussinger (SPD) zusammenfasste. Ihre Fraktion hatte den Bericht beantragt. Den letzten hatte das Ministerium vor genau einem Jahr erstattet. Bernhard Pohl (FW) stieß in das gleiche Horn. Die Staatsregierung handele nachdem Motto, „Planung ist die Ersetzung des Zufalls durch den Irrtum“. Auch die Grünen gingen davon aus, dass insbesondere die Kosten falsch veranschlagt seien; dies vor allem zu Lasten der Kommunen.

Modifizierung

Die vorgenommene Kostenabwälzung auf Städte und Gemeinden sei kontraproduktiv und nicht akzeptabel, befand Schmitt-Bussinger. Da die Einführung des Di-

igitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) eine staatliche Aufgabe sei, müsse die Finanzvereinbarung zwischen Staat und Kommunen modifiziert werden. Die

Regierungserklärung:

Bayern hat beste Lebensbedingungen

Sozialministerin Haderthauer kündigt Initiativen zum „Aufbruch Bayern“ an

Verlässliche und solidarische Sozialpolitik haben dazu geführt, dass die Menschen in Bayern die besten Lebensbedingungen haben und trotz mancher Sorgen zuversichtlich in die Zukunft gehen können. So hat Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) in einer Regierungserklärung im Landtag Lage und Perspektiven im Freistaat aufgezeigt.

Um die höchste Beschäftigungs- und niedrigste Arbeitslosenquote zu halten, seien weitere Initiativen in Arbeit. Das gelte von der Kinderbetreuung über die Familienfreundlichkeit bis zur Altersvor- und -fürsorge. Mitte des Jahres werde das neue Konzept „Aufbruch Bayern - für eine frauen- und familiengerechte Arbeitswelt“ gestartet. Wo es etwas zu verbessern gebe, seien zuerst die Arbeitgeber und der Bund gefordert.

Wiedereingliederung

Der Wirtschaft im allgemeinen und den Unternehmen im besonderen warf die Ministerin vor, zu wenig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Familien dürften nicht zu „bloßen Resteverwertern“ der Arbeitswelt degradiert werden. Vor allem die Wiedereingliederung von Müttern in den Beruf müsse verbessert werden. Auch für Menschen mit Migrationshintergrund seien die

Kommunen würden zu stark zu den Kosten herangezogen. Die SPD fordert, der Staat müsse die Investitionen beim Netzaufbau zu 100 % übernehmen. Den Kommunen dürfe nur die Anschaffung der Endgeräte angelastet werden. Die Betriebskosten wiederum müsse der Staat tragen, weil er für die Polizei ohnehin Kostenträger sei und die Mitbenutzung durch kommunale Einrichtungen wie die Feuerwehren kostenmäßig kaum ins Gewicht fielen.

Verteilung der Kosten für Ausbau und Betrieb

Das Innenministerium stellte in einer Vorlage fest, der Netzaufbau werde vollständig vom Bund und Bayern getragen. Auch einen Teil der Betriebskosten zahle der Bund. Die Verteilung der übrigen Betriebskosten werde derzeit zwischen dem Freistaat und den kommunalen Spitzenverbänden sowie den Kostenträgern der Rettungsdienste verhandelt. **rm**

Das Breitband soll schneller werden

Koalition einigt sich auf Fünf-Jahres-Konzept bis 2017 – Kosten bleiben strittig

Das schnelle Internet per Glasfaser-Breitband als Datenauto- bahn in allen Regionen Bayerns soll entscheidend gefördert werden. Staatsregierung und Koalitionsfraktionen wollen das Ziel bis 2017 mit Jahreszuschüssen von jeweils 100 Millionen Euro erreichen. Heuer sollen 130 Millionen verplant und ausgegeben werden, weil noch 30 Millionen für Altfälle vorgesehen sind. Ob diese Summen ausreichen blieb strittig. Die Einigung stand unter dem Zeitdruck, diese Woche den Nachtragsetat 2012 im Landtag zu verabschieden.

In heißen Diskussionen einigten sich CSU und FDP nach mehreren Verhandlungsrunden am Abend vor dem Landtagsbeschluss in der Staatskanzlei. Ministerpräsident Horst Seehofer, Finanzminister Markus Söder (beide CSU), Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) sowie Fraktionschef Georg Schmid und Thomas Hacker (FDP) waren die Diskussion- und Be-

schlusspartner. Es wird ein Förderprogramm nicht nur für die schwächeren Regionen sondern für das ganze Land geben, wie sie verkündeten. Schmid erläuterte, das Konzept gehe davon aus, dass sich mit mindestens 50 Millionen pro Jahr bis 2017 „mehr als 500 Projekte auf den Weg bringen lassen“. Das eröffne Chancen für Arbeitsplätze, könne freilich nur bedingt flächendeckend sein. Bezuschusst werden Glasfaser-, LTE-Funk- oder Kabellösungen, entsprechend der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens sowie der Steuerkraft. Dabei sei vor allem der Bund gefordert.

Kraftvolles Programm

Zeil (FDP) sprach von einem „kraftvollen Programm“ nachdem er zuvor skeptisch war. Mindestens eine Milliarde Euro wäre nötig, um das Glasfasernetz mit einer Leistung von 50 Megabits pro Sekunde ins Kabel zu speisen. Das sei notwendig, um Handel, Gewerbe und Industrie landesweit konkurrenzfähig zu machen. „Dafür brauchen wir

aber nicht 50 sondern mindestens 200 Millionen pro Jahr.“ Ansonsten werde nur der Mangel verwaltet und bei den Kommunen erhebliche Unzufriedenheit hervorgerufen. Der Wirtschaftsminister hatte ein entsprechendes Förderprogramm vorgelegt. Die FDP sprang ihrem Minister zur Seite, stimmte dem 100-Millionen-Konzept indessen zu, wie Fraktionschef Thomas Hacker bestätigte. Sein Wirtschaftssprecher Dietrich von Gumpenberg war der Meinung, hier müsse Zeil „der Boss“ sein.

Für die SPD urteilte Anette Karl als Sprecherin für den ländlichen Raum, ständiges Drängen bringe ersten Erfolg bei Breitbandausbau. Dass im Nachtragsetat statt ursprünglich vorgesehener 20 Millionen Euro nun 100 Millionen vorgesehen seien, „ist auch unser Erfolg“. Alle Bürger hätten Anspruch auf ein schnelles Internet, nicht nur wenige Gewerbetreibende in von Abwanderung besonders betroffenen Regionen. Die „digitale Zukunft Bayern muss gestaltet, nicht verpennt werden“. Die Kommunen hätten bisher rund die Hälfte der Ausbaukosten getragen. Deshalb müsse die zweite Ausbaustufe „sofort gezündet“ werden. FW-Fraktionsvorsitzender Alexander Muthmann reimte die bisherigen Bemühungen der Koalition auf „versprochen, verschlafen, versäumt“. Die Grünen werteten einen „kleinen Wurf“ der Koalition. **rm**

Zeil begrüßt Urteil zur Bettensteuer

Wirtschaftsminister Martin Zeil freute sich über das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zur Bettensteuer in München: „Das Urteil, mit dem die Rechtswidrigkeit der Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt München festgestellt wurde, setzt die richtigen Zeichen. Diese Rechtsprechung hat Signalwirkung für unsere Beherbergungsbetriebe“, betonte er und ergänzte: „Ich habe immer wieder deutlich gemacht, dass die reduzierte Mehrwertsteuer für die Hotellerie, mit der wir Wettbewerbsverzerrungen vermeiden, nicht auf der anderen Seite durch neue Sonderabgaben konterkariert werden darf.“

Auch wenn theoretisch noch Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt werden könne, sei das Urteil ein großes Lob für die sorgfältige Arbeit der Juristen in der Regierung von Oberbayern. □

Tropfen auf den heißen...

(Fortsetzung von Seite 1)
Breitbandinfrastrukturen unterstützt. In über 90 Prozent der Förderprojekte werden zukunftsfähige Geschwindigkeiten von sechs bis 16 Mbit/s realisiert. Viele Vorhaben erreichen Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s, die bereits in den Bereich der Netze der nächsten Generation gehen“, so Zeil. Mit der Ausrüstung der vorhandenen TV-Kabelinfrastrukturen durch die Kabelnetzbetreiber bis Ende 2013 würden 3,9 Millionen bayerische Haushalte, also rund 65 Prozent, Zugriff auf Bandbreiten bis zu 100 Mbit/s erhalten.

Zeil wies zudem darauf hin, dass die Kosten von bis zu 20 Milliarden Euro für einen bayernweiten Netzvollausbau nicht vom Freistaat allein finanziert werden könnten. Hier sei in erster Linie die Privatwirtschaft gefordert. Zeil betonte zugleich aber auch die Verantwortung des Bundes: „Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass der Bund seine grundgesetzliche Verantwortung für den Breitbandausbau wahrnimmt und substanzielle Fördergelder für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen bereitstellt. Für eine bayernweite Förderung erwarten wir eine Kofinanzierung durch den Bund. Ansonsten müsste der Bund die Karten auf den Tisch legen und erklären, dass die Bundesbreit-

bandziele bundesweit nicht erreicht werden können. Das habe ich gegenüber dem Bund schon mehrmals deutlich gemacht.“

Steigender Bedarf

In einer ersten Reaktion bezeichnete Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl den Kabinettsbeschluss zum Breitbandausbau als „enttäuschend“. 100 Millionen Euro, verteilt auf fünf Jahre, seien lediglich „ein Tropfen auf den heißen Stein“. „Mindestens die fünffache Summe wäre akzeptabel.“ Die Bayerische Staatsregierung wolle offenbar die Realität im tatsächlichen Ausbaustand nicht zur Kenntnis nehmen. Aufgrund des rasant steigenden Bedarfs an Übertragungsraten durch Tablet-PCs, Smart Phones und Internet-TV müsse in weitaus größerem Umfang Kapazität zur Verfügung gestellt werden. Mit dem beschlossenen Ausbauprogramm sei das nicht zu schaffen. Brandl: „Es geht hier nicht nur um die Ausstattung der Gemeinden und Städte, sondern um den Wirtschaftsstandort Bayern. Das muss der Staatsregierung mehr wert sein.“

Der Präsident kritisierte darüber hinaus, dass die Förderung nur in besonders strukturschwachen Gebieten und in Kommunen forciert werden soll, die von der Bundeswehrreform und dem Ab-

zug der US-Streitkräfte betroffen sind. „Ein partieller Breitbandausbau löst das generelle Problem nicht: die flächendeckend notwendige Ertüchtigung der Infrastruktur hin zu höheren Übertragungsraten. Klotzen statt Kleckern muss die Devise sein.“

Die Schaffung von Koordinierungsstellen für die Aktivitäten der Gemeinden im jeweiligen Landkreis bezeichnete Brandl als „lächerlich“. Die Wirtschaftsförderstellen an den Landratsämtern koordinierten seit vielen Jahren bereits die Aktivitäten, so dass das Thema bereits vom Tisch sei. Zudem ist Brandl zufolge die modellhafte Förderung von Breitbandinfrastrukturen in Gewerbegebieten unzureichend. Er forderte die Staatsregierung auf, endlich kommunalen Sachverstand in die künftige Breitbandstrategie einfließen zu lassen, statt ungeeignete Aktivitäten auf Sparflamme an den Tag zu legen.

„Basisinfrastruktur des 21. Jahrhunderts“

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Dr. Ulrich Maly hervorhob, „ist die Breitbandversorgung eine Basisinfrastruktur des 21. Jahrhunderts. Wir brauchen deshalb leistungsfähige Breitbandnetze in ganz Bayern.“ Maly weiter: „Der Wettbewerb allein hat

schon bei der Grundversorgung nicht funktioniert. Dies gilt umso mehr für die Hochgeschwindigkeitsnetze, da hier noch viel höhere Investitionssummen erforderlich sind. Ohne staatliche Förderprogramme können diese Netze nicht flächendeckend ausgebaut werden.“

Laut Maly „begrüßen wir es, dass der Freistaat Bayern den Glasfaserausbau mit einem eigenen Förderprogramm voranbringen möchte. Dafür in den nächsten fünf Jahren insgesamt 100 Millionen Euro für den strukturschwachen Raum zur Verfügung zu stellen, greift aber deutlich zu kurz. Bayern ist nach einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums Ende 2011 im Bundesvergleich bei den Hochgeschwindigkeitsnetzen noch Entwicklungsland. Für den Ausbau sind enorme Investitionssummen in Milliardenhöhe erforderlich. Wir brauchen daher eine bedarfsgerechte Förderung in allen Landesteilen, die sich an diesem Milliardenbedarf orientiert. Hochgeschwindigkeitsnetze werden in ganz Bayern benötigt.“

Auch der Bund ist nach Malys Auffassung in der Pflicht: „Wenn er in seiner Breitbandstrategie die Messlatte zurecht hoch anlegt, muss er sich mit einem eigenen Förderprogramm stärker engagieren, als er das bisher getan hat. Die Breitbandversorgung ist nach dem Grundgesetz zuerst eine Aufgabe des Bundes.“ **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Richard Ficker
87677 Stöttwang
am 5.4.

Bürgermeister Walter Grath
87534 Oberstaufen
am 6.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Dachs
94239 Zachenberg
am 5.4.

Bürgermeister
Bernhard Kern
63937 Weilbach
am 5.4.

Bürgermeister Gerald Tretter
82433 Bad Kohlgrub
am 7.4.

Oberbürgermeisterin
Gabriele Bauer
83022 Rosenheim
am 12.4.

Bürgermeister Werner Thum
86735 Forheim
am 17.4.

Bürgermeister Hans Emmert
91629 Weihezell
am 17.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Margit Menrad
82057 Icking
am 4.4.

Bürgermeister
Josef Schweinberger
86807 Buchloe
am 8.4.

Bürgermeister Leonhard Eder
90587 Tuchenbach
am 9.4.

Bürgermeister Gerhard Wunder
96349 Steinwiesen
am 15.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Angelika Krebs
63828 Kleinkahl
am 5.4.

Bürgermeister Josef Dachs
93479 Grafenwiesen
am 7.4.

Bürgermeister Thomas Fischer
97647 Nordheim v. d. R.
am 13.4.

Bürgermeister Werner Brandenburger
92369 Sengenthal
am 14.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahrespressekonferenz des Sparkassenverbandes Bayern:

Sparkassen stehen vor einem komplizierten Jahr

Verbandspräsident Zellner vermeidet eine Prognose / Mit 2011 zufrieden

Der Sparkassenverband Bayern, der die 72 bayerischen Sparkassen betreut und ihre Geschäftszahlen summarisch zusammenfasst, spricht für das Geschäftsjahr 2011 von einem zufrieden stellenden Ergebnis. Denn das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 1,996 Milliarden Euro nahe bei dem Ergebnis des Vorjahres mit 1,958 Milliarden Euro, und der addierte Jahresüberschuss legte gar um fast 30 Prozent auf 470 Millionen Euro zu. Aber auch, wenn sich kein abrupter Einbruch bei der Konjunktur zeigt und in den ersten beiden Monaten 2012 keine Trendumkehr bei den geschäftlichen Zahlen zu bemerken war, ist der Verband, wie sein Präsident Theo Zellner in der Jahrespressekonferenz betonte, bei einer Prognose für das Gesamtjahr 2012 wegen „einiger Unwägbarkeiten und einer komplizierten Entwicklung“ äußerst vorsichtig.

Denn zum einen werde es durch das Beihilfeverfahren der EU-Kommission in Sachen Bayerische Landesbank (BayernLB) zu weiteren nachträglichen Lastenübernahmen durch die bayerischen Sparkassen kommen, weswegen alle Ergebnisse noch „vorläufig“ sind, und zum anderen drohten die Maßnahmen nach

reguliert. Jenseits von Börsen und zentralen Abwicklungsplattformen nähmen Transaktionen im grauen Markt ohne jegliche Transparenz immer mehr zu. Kapitalmarktfinanzierungen würden gegenüber Bankfinanzierungen bevorzugt. Zellner: „Unternehmenskredite haben die Finanzkrise nicht ausgelöst. Mittelständ-

reich aus öffentlich-rechtlichen Banken, Genossenschaftsbanken, Privat- und Großbanken vermutet, müsse risikogerecht angepasst werden. Der Mittelstand, dem sich die Sparkassen besonders verbunden fühlen, dürfe nicht die Zeche für die Finanzkrise zahlen.

Im Beihilfeverfahren hofft Zellner auf eine baldige Einigung zwischen EU, Bund, BayernLB und Sparkassenverband. Einzelheiten der weit fortgeschrittenen Gespräche wollte er nicht nennen. Aber trotz des Eigentumsverlustes der Sparkassen im Jahre 2009 – 44 Prozent ihrer ursprünglich hälftigen Beteiligung an der Landesbank gingen an den Freistaat – müssten die Sparkassen wohl weitere Lasten übernehmen. Schwierig ist, dass die bayerischen Sparkassen mit einer Mehrheit von 75 Prozent nach Bilanzsumme zustimmen müssen. An dieser Lösung werde gearbeitet, um zu einer gemeinsamen Bayern-Haltung zu kommen.

Unklar ist auch noch, zu welchem Preis die Sparkassen die Bayerische Landesbausparkasse (LSB) übernehmen können, von der sich die BayernLB auf EU-Druck trennen muss. Bayern ist ohnehin das einzige Bundesland, in dem die Landesbausparkasse nicht zu 100 Prozent den Sparkassen gehört. Des Weiteren sollen die Sparkassen ihre stillen Einlagen bei der BayernLB zurückhalten, um diese dann in Eigenkapital für die Landesbank umzuwandeln. Problem dabei: Nicht alle bayerischen Sparkassen haben stille Einlagen bei der BayernLB, wie finanzieren sie das geforderte Eigenkapital?

Bilanzsumme 175 Mrd. Euro

Im Berichtsjahr legte die Bilanzsumme der 72 (Vorjahr: 73) Institute, von denen kein einziges rote Zahlen schrieb, um 2,3 Prozent auf 175 Milliarden Euro zu. Die Einlagen stiegen um 1,8 Prozent auf 135,3 Milliarden Euro, wobei besonders täglich fällige Gelder gefragt waren. Die gesamten Kredite erhöhten sich um 2,9 Prozent auf 105,3 Milliarden Euro, wobei langfristige Kredite wegen der günstigen Zinsen sehr bevorzugt waren. Mit 53,1 Milliarden Euro (+ 4,0 Prozent) waren Unternehmen und Selbständige die größten Kreditnehmer. Auf Privatpersonen entfielen 44,9 Milliarden Euro (+ 1,5 Prozent), wobei Immobilienfinanzierungen eine wichtige Rolle spielten. Öffentliche Haushalte liehen sich 5,5 Milliarden Euro (+ 1,9 Prozent).

Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg leicht um 1,9 Prozent auf knapp 2 Milliarden Euro. Ein Betriebsergebnis nach Be-

wertung wurde nicht genannt, dafür der Jahresüberschuss mit 470,0 (362,4) Millionen Euro. Zwischen das Betriebsergebnis vor Bewertung und den Jahresüberschuss müssen einige Kennziffern eingeordnet werden. Auf Kredite habe es keine Abschreibungen gegeben, auf Wertpapiere 145 Millionen Euro, sagt Vizepräsident Rudolf Faltermeier. Insgesamt betrugen die Abschreibungen einschließlich derjenigen auf die BayernLB und die Landesbank Berlin 350 Millionen Euro. An gewinnabhängigen Steuern waren 500,4 (455,3) Millionen Euro fällig. Für gemeinnützige Ziele (Stiftungsausschüttungen, Spenden, Sponsoring, Förderbeiträge) wurden 66,0 (73,9) Millionen Euro aufgewandt. Die 105 bayerischen Sparkassenstiftungen verfügen über ein Kapital von 237,7 Millionen Euro. Dividende aus ihrem Gewinn zahlt „nur eine Handvoll Sparkassen“ an ihre Gewährträger. Laut Satzung dürfen die Gewinne auch nur Maßnahmen fürs Gemeinwohl dienen, nicht aber in den Haushalt des Gewährträgers fließen. Allerdings wird zurzeit in einem Fall über eine Abweichung



Zufriedenheit bei Sparkassenverbandspräsident Theo Zellner (r.) und seinem Stellvertreter Prof. Rudolf Faltermeier.

Basel III, die – grob gesprochen – die Unterlegung von Krediten mit Eigenkapital und die Liquiditätsvorhaltung regeln, regional tätige Banken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken erheblich gegenüber international tätigen Großbanken zu benachteiligen.

Aus der Finanzkrise, die übrigens das regional ausgerichtete Kerngeschäft der Sparkassen gestärkt habe, seien nicht die richtigen Lehren gezogen worden. Denn obwohl nach den Vorgaben der G 20 von Pittsburgh aus dem Jahre 2009 kein Finanzplatz ohne Regulierung bleiben sollte, seien die großen Banken in den USA und Europa eher größer und damit noch systemrelevanter geworden, wogegen die Sparkassen durch Basel III mit immer detaillierteren Eigenkapital- und Liquiditätsregeln überzogen würden. Das aber verteuere die Mittelstandsfinanzierung, weil Mittelstandskredite mit bis zu 30 Prozent mehr Eigenkapital unterlegt sein müssten, und mache langfristige Finanzierungen schwieriger. Demgegenüber bleibe der gesamte Schattenbanksektor nahezu un-

Regulierung. Jenseits von Börsen und zentralen Abwicklungsplattformen nähmen Transaktionen im grauen Markt ohne jegliche Transparenz immer mehr zu. Kapitalmarktfinanzierungen würden gegenüber Bankfinanzierungen bevorzugt. Zellner: „Unternehmenskredite haben die Finanzkrise nicht ausgelöst. Mittelständ-

liche Unternehmen waren nicht Verursacher der Krise. Vielmehr haben sie geholfen, diese Krise zu bewältigen. Im Zusammenwirken von Unternehmertum und Bereitschaft der Sparkassen, den Aufschwung gezielt zu finanzieren, hat die bayerische Wirtschaft schneller aus der Kurz-Rezession 2009 herausgefunden. Bei den Sparkassen kann von Kreditklemme keine Rede sein.“ Gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband Bayern hat der Sparkassenverband Bayern im vergangenen Jahr eine Initiative mit bundesweitem Aufsehen gestartet, um auf diese Ungleichgewichte hinzuweisen. Die Basel-Regelungen seien ursprünglich für international tätige Großbanken erarbeitet worden, nicht aber für in der Region tätige Institute. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der mittelständischen Wirtschaft in Bayern fordern die Sparkassen eine Nachbesserung der aktuellen Bankenregulierung. Basel III, hinter der man im Sparkassenbereich einen Angriff aus Brüssel auf das deutsche Dreisäulen-System im Bankenbe-

GZ

Kolumne
Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser,

die uns allen schon in Fleisch und Blut übergegangene Kommunikation mit unserer Bürgerschaft über Webseiten, elektronische Anträge, via E-Mail oder über Smartphoneapplikationen (Facebook, Twitter) hat mit der QR-Codierung eine neue Dimension erreicht.

Was versteht man unter QR-Codierung, welche Anwendungsmöglichkeiten und Vorteile bietet sie und welche Gefahren sind damit für Datenbestände durch eventuelle Hackerangriffe verbunden? „QR“ steht für quick response, für die schnelle Antwort auf eine Frage. Es handelt sich um einen zweidimensionalen Code, der ein bestimmtes



dienkonvergenz, das Zusammenführen verschiedener Medienkanäle wird damit optimal erreicht.

Natürlich ist heute nichts mehr ohne Gefahren realisierbar. Weil man dem QR-Code seinen Inhalt auf den ersten Blick nicht ansehen kann, ist es möglich, in ihm einen Link zu verstecken, der den Betrachter nach dem Scannen auf eine schädliche Seite führt oder sogar ungewollt Funktionen seines Smartphones ausführt. Dies betrifft allerdings alle verbreiteten 2D-Codes, die zur Codierung von Webadressen verwendet werden und ist keine besondere Eigenart des QR-Codes.

Der Einsatz modernster Kommunikationstechniken in den öffentlichen Verwaltungen ist heute für jeden Rathauschef von essentieller Bedeutung, denn nur damit können Arbeitsabläufe effektiver und kostengünstiger gestaltet und kann der immer noch ausufernden Bürokratie begegnet werden. Die Arbeitsroutinen lassen sich über personelle und technische Anpassung schnell verändern. Der QR-Code ist für mich ein neues Zeichen unserer Zeit, das in seiner Tragweite noch verkannt wird. Auch unsere Spitzenverbände sollten sich dieser Technologie nicht entziehen und bei Publikationen immer öfter auf den QR-Code zurückgreifen.

Abschließend noch ein Test für alle, die sich kommunikationstechnisch auf dem neuesten Stand befinden. Was verbirgt sich hinter nachstehendem Code?

Die QR-Codierung: Kurze Frage, schnelle Antwort

Muster aufweist, verschlüsselte Daten enthält und sich leicht generieren lässt. Er kann beispielsweise auf Plakaten, Flyern und Broschüren angebracht werden, um zusätzliche Informationen zu liefern, aber auch Details zu einem Denkmal, einem Ausstellungsstück im Museum oder zu einer Wandertafel enthalten.

Die Codes können mit internetfähigen Handys mit Kamera (Smartphones) jederzeit ausgelesen werden. Und so funktioniert's: Die Kamera des Handys circa 10 bis 25 cm über den QR-Code halten und fotografieren. Dann öffnet sich automatisch der Internetlink auf dem Handy. Diese Technik ist bereits als öffentlicher Standard etabliert und vor allem in Japan weit verbreitet. So benutzt zum Beispiel die japanische Einwanderungsbehörde den QR-Code mit verschlüsselten Daten für das Visum, das bei der Einreise in den Reisepass eingeklebt wird. Das Streben nach Me-

Ihr Heinrich Lenz



WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV

//MODERN

//DYNAMISCH

RMD

www.rmd.de Rhein-Main-Donau AG

Netzkongress der CSU in München:

In Freiheit und Fairness

Die Aufmerksamkeit, die der Netzpolitik als Querschnittsthema in der breiten Öffentlichkeit entgegen gebracht wird, hat sich vor allem im vergangenen Jahr weiter erhöht. Die anstehenden Aufgaben, von Sicherheitsfragen bis hin zur Medien- und Informationskompetenz, sind vielfältig. Der CSU-Netzrat unter dem Vorsitz der stellvertretenden CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär hat sich intensiv mit vielen dieser Fragestellungen beschäftigt und legte nunmehr das zweite Positionspapier im Rahmen seines Netzkongresses in München vor.

Bildung und Sicherheit sind die Kernthemen im Positionspapier des Netzrates, das Prof. Dr. Dirk Heckmann, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht an der Universität Passau, vorstellte. Medien- und Informationskompetenz müsse als Hüter der Freiheit im Netz verstärkt vermittelt werden, betonte Heckmann. Ebenso sei es wichtig, die „Bausteine der netzpolitischen Sicherheitsdiskussion“ wie beispielsweise Netzsperrern im Dialog mit allen Betroffenen zu lösen.

„Digital Outsiders“

Das Papier mit dem Titel „In Freiheit und Fairness“ weist darauf hin, dass in Deutschland 98 Prozent der Jugendlichen und zwei Drittel der Gesamtbevölkerung online sind. „Das bedeutet aber noch nicht, dass der größte Teil der Bevölkerung bereits heute selbstbewusst, selbstständig und souverän im und mit dem Internet agieren würde.“ Ganz im Gegenteil: Die im Februar 2012 veröffentlichte DIV-SI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet (<http://www.divsi.de/divsi-milieu-studie>) unterscheidet insgesamt sieben Internet-Milieus: Die Digital Natives mit den Digital Souveränen (15 %), effizienzorientierten Performern (14 %) und unbekümmerten Hedonisten (12 %), die Digital Immigrants mit den verantwortungsbedachten Etablierten (10 %) und postmateriellen Skeptikern (10 %) sowie die Digital Outsiders mit den ordnungsfördernden Internet-Laien (12 %) und den internetfernen Verunsicherten (27 %).

Dieses heterogene Bild unterstreicht nach Auffassung des Netzrates die Aufgabe und Herausforderung der (Netz-)Politik, sowohl Chancen- als auch Problembewusstsein zu vermitteln und allen Menschen einen ihren Kenntnissen, Erfahrungen, Einstellungen und Wünschen entsprechenden Zugang zur digitalen Chancenrepublik Deutschland zu ermöglichen. Denn dies lohne sich nicht nur, „es ist essentiell für Freiheit, Wohlstand und Wohlbefinden in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“.

Große Bedeutung

Kein anderes Medium habe in dieser Schnelligkeit zuvor das Leben der Menschheit so gewaltig verändert. Die Trennung zwischen realem und virtuellem Leben werde immer schwieriger und sei bereits heute teilweise obsolet. Die innovativen Nutzungsmöglichkeiten des Internets prägten das Leben und stellen meist eine enorme Bereicherung, Erleichterung oder praktische Hilfe dar.

Der virtuelle Raum sei vieles: Weltbibliothek und Jobmaschine, globaler Supermarkt und weltumspannende Versammlungsmeile. Das Internet mache das Leben vorurteilsfreier und demokratischer. Das Internet stelle einen Gewinn für die Menschheit dar. Das Internet und seine Chancen seien Megathemen für die Gesellschaft. Aufgabe der Politik sei es hier-

bei, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Menschen für die Teilhabe benötigen.

Ganz konkret bedeute dies: „Medien- und Informationskompetenz vermitteln, Schulen ausstatten und Lehrer ausbilden, Erfordernisse der Wirtschaft in ihrer Vielfalt berücksichtigen und die notwendige Infrastruktur schaffen.“ Auch die Debatte über den gesellschaftlichen Blick auf die virtuelle Welt, in der jeder in Freiheit und Fairness von den Chancen profitieren kann, dürfe dabei nicht zu kurz kommen.

Gefährdungspotentiale

Stichwort Sicherheit: Angesichts der Einschränkungen, die das Bundesverfassungsgericht etwa in Fällen der Online-Durchsuchung oder der Vorratsdatenspeicherung dem Gesetzgeber aufgetragen hat, muss der Staat laut Positionspapier mit dem Bürger auch in einen Dialog über die veränderten – und zum Teil nur begrenzt kontrollierbaren – Gefährdungspotentiale in einer globalisierten und digitalisierten Welt treten. Ebenso wie der Staat Inlandskriminalität nur bis zu einem bestimmten Maß bekämpfen kann, werde er auch nicht jede Form der globalen Kriminalität oder des globalen Terrorismus vollumfänglich unterbinden können, unabhängig von der Intensität seiner Eingriffsbefugnisse.

Landesfeuerwehrverband Bayern:

Global denken, lokal handeln

Klausurtagung 2012 in Unterschleißheim

„Lassen Sie uns den Motor Landesfeuerwehrverband Bayern auf Touren bringen“, lautete die Forderung des LFV-Vorsitzenden Alfons Weinzierl auf der Klausurtagung des Verbandes in Unterschleißheim. Künftig müsse die Arbeit der Ehrenamtlichen noch besser nach Außen dargestellt werden.

Zur Stärkung des Ehrenamtes in der Feuerwehr wird sich der LFV dafür einsetzen, dass die aktiven Feuerwehrdienstleistenden beispielsweise nach der Grundausbildung die Bayerische Ehrenamtskarte erhalten. Wer das Feuerwehrereichen für 25- oder 40-jährige aktive Dienstzeit erhalten hat, soll nach Vorstellungen des Landesfeuerwehrverbandes sogar die goldene Ehrenamtskarte erhalten. Auch ein Freiplatz im Bayerischen Feuerwehrerholungsheim, wenn einer 40 Jahre in der aktiven Wehr „seinen Kopf hingehalten“ hat, wäre nach Auffassung des LFV eine echte Anerkennung des Ehrenamtes.

Maßnahmenpapier

Mit einem Maßnahmenpapier möchte der Landesfeuerwehrverband die Ehrenamtsförderung bis 2020 definieren und ausbauen, um somit dem demografischen Wandel in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Die Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände Bayerns aktiv mit in die Meinungsbildung einzubinden, ist ein wichtiges Anliegen des Landesfeuerwehrverbandes Bayern. Deshalb wurden im Rahmen der Klausurtagung auch wieder Workshops angeboten.

In der Arbeitsgruppe „Die

Neben der permanenten Wachsamkeit der Gemeinschaft gegenüber Bedrohungssignalen, der behutsamen Anwendung der verfassungskonformen Ermittlungsinstrumente, einer quantitativ und qualitativ verbesserten Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit Personal und Know-how und einer verbesserten internationalen Zusammenarbeit könnte die Entwicklung neuer, möglichst wenig eingreifender Technologien zur Früherkennung krimineller Bedrohungen einen Beitrag zur Balance von Freiheit und Sicherheit im Internet bieten, so der Netzrat. Daneben spielten die Bedingungen, unter denen neue Eingriffsbefugnisse und Ermittlungsinstrumente entstehen, eine wichtige Rolle für die Akzeptanz. Staatliche Akzeptanzstiftung sei eine wichtige Gegenleistung für die Solidarität der unbescholtenen Bürger, polizeiliche Eingriffe hinzunehmen.

Chancen

Von Datenschutz über Acta bis zum Breitbandausbau reichten die Themen einer hochkarätig besetzten Talkrunde. Conrad R. Tribble, Generalkonsul der USA, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Dorothee Bär und Prof. Andreas Bönte, Programmbeauftragter für das Bayerische Fernsehen, diskutierten die Chancen der digitalen Wirtschaft.

Kein Nischenthema mehr

Der CSU-Ehrenvorsitzende Dr. Edmund Stoiber zeigte sich von den „großen Erfolgen“ der CSU-Netzpolitiker beeindruckt. Stoiber betonte, dass das Internet längst kein Nischenthema oder eine Parallelwelt mehr sei, sondern „die Realität von heute und morgen“. Darum müsse die Netzpolitik noch mehr in die „Mitte der Politik“ rücken. Das Thema Internet gehöre nicht nur in einen Netzkongress, sondern auf große Parteitage. **DK**

Ehrenamt in Gefahr

EU erwägt Anwendung der Wochenarbeitszeit von 48 Stunden

Der Landtag hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, das Ehrenamt nicht durch den Arbeitsschutz kaputt zu machen. In diesem Sinn wurden im Plenum Dringlichkeitsanträge von CSU, FDP und SPD angenommen. Angesichts von Überlegungen der EU-Kommission, die Arbeitszeitrichtlinie zu ändern, wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass eine Neufassung dieser Richtlinie hinsichtlich der Höchstgrenze von 48 Wochenstunden „nicht auf ehrenamtliches Engagement bei den Freiwilligen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und vergleichbaren Organisationen angewendet wird“.

Florian Herrmann (CSU) und Andreas Fischer (FDP) verwiesen darauf, dass die europäischen Sozialpartner über die EU-Richtlinie verhandelten. Komme es bis Herbst zu keiner Einigung, werde die EU-Kommission einen Änderungsvorschlag vorlegen. Es gelte schon jetzt Einfluss zu nehmen, „dass die Kommission von ihren praxisfernen Überlegungen schnellstmöglich wie-

der Abstand nimmt. Die Anrechnung von Arbeitszeiten solle dem Vernehmen nach insbesondere dann gelten, wenn Ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben, die auch von Angestellten und Beamten wahrgenommen werden, wie dies etwa bei den Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten oder Hilfsorganisationen der Fall sei. Das wäre deren Ende; und auch bei Kultur- und

Kleine Kommunalwahl in Bayern:

Grüne Enttäuschung

In 24 von 32 Gemeinden oder Städten hatten die Bürger in Bayern bei der kleinen Kommunalwahl am 11. März auf Anhieb ihre Rathauschefs bestimmt. Lediglich in acht Kommunen sowie im Landkreis Ansbach kam es zu Stichwahlen. Neben Bürgern in Franken waren auch Wähler in Oberbayern und Schwaben erneut zum Umrangang aufgerufen.

Neuer Landrat im Landkreis Ansbach ist Jürgen Ludwig von der CSU. Der 41-Jährige aus Dinkelsbühl erhielt 60,3 Prozent der Stimmen. Auf Kurt Unger von der SPD entfielen 39,7 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 37,1 Prozent.

Bad Reichenhall

Wiedergewählt wurde der Oberbürgermeister von Bad Reichenhall, Herbert Lackner. In der Stichwahl setzte sich der CSU-Politiker mit 56 Prozent gegen seinen Herausforderer Manfred Hofmeister (Bündnis 90/Die Grünen) durch, der auf 44 Prozent der Stimmen kam. Die Wahlbeteiligung lag bei 45,3 Prozent.

Überraschung dagegen in Bayreuth: Brigitte Merk-Erbe von der parteiunabhängigen Bayreuther Gemeinschaft ist neue Oberbürgermeisterin der Wagnerstadt. Merk-Erbe setzte sich gegen Amtsinhaber Michael Hohl von der CSU mit 52,8 Prozent der Stimmen durch. Im ersten Wahlgang vor zwei Wochen kam Hohl auf 43,6 Prozent, Merk-Erbe auf 38,6 Prozent. Merk-Erbe ist die erste Frau an der Spitze der Stadt Bayreuth.

In Eichstätt hat der Kandidat der Freien Wähler, Andreas Steppberger, die Stichwahl gewonnen: Mit 71,9 Prozent setzte sich der kommunalpolitisch bislang unerfahrene Jurist gegen den CSU-Kandidaten Walter Eischenhart klar durch. Für den CSU-Fraktionsvorsitzenden stimmten nur 28,1 Prozent der Wähler.

Freising

Der neue Oberbürgermeister von Freising heißt Tobias Eschenbacher. Der 34-jährige Gastronom war für die „Freisinger Mitte“ angetreten – eine neue Gruppierung, die sich von der CSU abgespalten hatte. In der Stichwahl gewann er mit 56,9 Prozent der Stimmen gegen Sebastian Habermeyer von den

Sportvereinen sei die Existenz bedroht.

Für die Opposition waren Inge Aures (SPD), Joachim Hanisch (FW) und Susanna Tausendfreund (Grüne) gleicher Meinung. Es gehe um Einsatzfähigkeit und Fortbestand von über 7700 Freiwilligen Feuerwehren mit rund 324.000 Feuerwehrleuten in Bayern; 24.000 mit über einer Million Aktiven deutschlandweit. Dazu kämen die entsprechend vielen Ehrenamtlichen in Hilfsorganisationen. Innenstaatssekretär Gerhard Eck (CSU) nahm den Landtagsbeschluss für Initiativen in Berlin dankend zur Kenntnis. Eine direkte Intervention in Brüssel sei einem Bundesland rechtlich nicht möglich. **rm**

Kaufering

In Kaufering gingen Erich Püttner (Unabhängige Bürgervereinigung) und Gabriele Triebel (Grüne/Alternative Liste) in die Stichwahl. Püttner bezwang seine Konkurrentin mit 59,8 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,7 Prozent.

Bei der Stichwahl in Kumhausen (Landkreis Landshut) mussten sich die Wähler zwischen Thomas Huber von den Freien Wählern und Rosi Steinberger von den Grünen entscheiden. Huber, der am 11. März die absolute Mehrheit mit 49,1 Prozent nur knapp verpasst hatte, siegte gegen seine Kontrahentin mit 65 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 56,4 Prozent.

In Landsberg am Lech behielt der CSU-Kandidat Mathias Neuner mit 51,4 Prozent die Oberhand gegenüber Ludwig Hartmann (Grüne), der 48,6 Prozent der Stimmen holte.

Lenting im Landkreis Eichstätt hat auch nach der Stichwahl einen sozialdemokratischen Bürgermeister: In der 4.700 Einwohner großen Gemeinde stimmten 60,3 Prozent für Christian Tauer von der SPD. Die Gegenkandidatin Susanne Zieglmeier von der CSU erhielt 39,7 Prozent. **DK**

Sparkassen...

(Fortsetzung von Seite 3) finanzwirtschaftlichen Flankenschutz geben, wobei es unter anderem um Förderkredite und neue Konzepte der Bürgerbeteiligung an dezentralen Energieversorgungsunternehmen, um höhere Investitionen in die Infrastruktur

Prozent der Feuerwehranwärter wurden in der Schule beispielsweise durch Lehrer geworben.

Eine wesentlich höhere Bedeutung unter den Heranwachsenden hat die Medienbeschäftigung in der Freizeit: Internet und Handy spielen eine große Rolle. 97 Prozent der Befragten sind in sozialen Netzwerken wie Facebook aktiv. Mit Slogans wie „Ich bin dabei – Wo bleibst Du?“ oder „Willst Du mit mir gehen?“ wird im Sprachstil der Jugend von heute geworben. Mit QR-Code und Facebook-Präsenz werden die Jugendlichen direkt angesprochen. Weitere Ansätze für mögliche Slogans sind „Beweg Deinen Hintern“ oder „Du willst das raus?“.

Einen Vortrag über „Moderne

technische Möglichkeiten beim THL-Einsatz“ bot Thomas Unger von der ADAC-Unfallforschung. An Hand verschiedener Beispiele wie Crash-Tests aus dem ADAC-Testzentrum Landsberg erläuterte er die veränderten Verletzungsmuster auf Grund einer verbesserten Fahrzeugtechnik. Problemstellen an der Fahrzeugkarosserie wurden erläutert. Durch eine verbesserte Fahrzeugtechnik kommt es zu weniger Einklemmungen und die Feuerwehren können weniger Einsatzerfahrungen sammeln. Ein wichtiges Hilfsmittel für die Feuerwehr wird hier die ADAC-Rettungskarte sein, die künftig auch von den Leitstellen direkt vom Kraftfahrtbundesamt abgerufen werden kann. **DK**

AKDB:

Innovativer Auftritt auf der CeBIT 2012

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich ließ sich auf der weltgrößten IT-Messe, der CeBIT, vom AKDB-Vorstandsvorsitzenden, Alexander Schroth, das Bürgerservice-Portal der AKDB zeigen. Es ermöglicht Online-Bürgerdienste ohne Medienbruch, setzt die Vorteile des neuen Personalausweises nPA in sinnvolle Online-Dienste um und führt zu weniger Behördengängen.

Der Minister lobte die eGovernment-Aktivitäten der AKDB. Diese setzten die nationale eGovernment-Strategie bereits in konkrete Angebote um. Entsprechend groß war das Interesse an der richtungsweisenden Portal-Technologie, das zeigten die vielen Gespräche mit Bürgern und mit Vertretern von Politik und kommunalen Verwaltungen.

Erweiterte Kfz-Zulassung ein voller Erfolg

Auch der CIO der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, zeigte sich auf der CeBIT begeistert von der Innovationskraft aus dem Freistaat. Der Service zur ortsunabhängigen Kfz-Zulassung kommt bei den Bürgern immer besser an. Rosenheims Landrat Josef Neiderhell präsentierte mit der AKDB dem Staatssekretär die erweiterte Zuständigkeit im Zulassungsbereich: „1,5 Millionen Bürger wählen in Oberbayern seit einigen Monaten frei aus, bei welcher Zulassungsbehörde

sie ihr Fahrzeug zulassen. Das Angebot wird sehr gut angenommen!“ Wie Alexander Schroth ergänzte, bietet das Angebot auch für die Wirtschaft im Oberland einen enormen Vorteil: „Autohändler erledigen nun alles in einer Zulassungsstelle, selbst wenn ihre Kunden in verschiedenen Landkreisen wohnen. Sie sparen dadurch Zeit und Geld und tun gleichzeitig der Umwelt etwas Gutes. Bald können die Bürger in den meisten Landkreisen und Städten Oberbayerns die Zulassungsbehörde frei wählen.“

Landkreis Rosenheim: Positive Zwischenbilanz

Der Landkreis Rosenheim hat mit seinem IT-Dienstleister, der AKDB, dieses bundesweit größte Projekt mitinitiiert, seit drei Monaten ist es im Einsatz. Anlass für Landrat Neiderhell, eine positive Zwischenbilanz zu ziehen: „Die ersten Zahlen können sich sehen lassen. Es wurden hier bereits über 5.000 Meldevorgänge für andere Zulassungsbehörden

durchgeführt. Die Bevölkerung akzeptiert diesen neuen Bürgerservice immer mehr“. Teilnehmende Landratsämter: Rosenheim, Berchtesgadener Land, Traunstein, Mühldorf, München, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Bad Tölz-Wolfratshausen sowie die Stadt Rosenheim. Die Kfz-Zulassungsstellen dieser Kommunen greifen auf die Kennzeichenbestände der jeweils

anderen zu und bearbeiten diese.

Kommunales Top-Thema: Internet-GIS

Die CeBIT-Resonanz beweist: Internet-GIS ist ein wichtiges Thema für Kommunen. Auf dem Gemeinschafts-Messestand „Bayern innovativ“ präsentierte die AKDB ihr neues Geographisches Informationssystem OK.GIS. Damit können Gemeinden, Städte, Landkreise und Zweckverbände eigene Geofachdaten einfach und sicher im Internet veröffentlichen. Die Karten und zugehörigen Fachinformationen werden im AKDB-Rechenzentrum gespeichert und über leistungsstarke Server im Internet bereitgestellt. □

Keine Aufweichung durch die EU!

Petra Guttenberger und Ursula Männle zum nationalen Datenschutzniveau

Die CSU setzt sich für die Sicherung des nationalen Datenschutzniveaus ein. „Eine Aufweichung des bayerischen Datenschutzniveaus durch die EU wird es mit uns nicht geben“, betonte Petra Guttenberger, Vorsitzende des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz der CSU-Landtagsfraktion.

Professor Ursula Männle, Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten im Bayerischen Landtag, ergänzte: „Mit unserem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die von der Europäischen Kommission angekündigte Reform des Europäischen Datenschutzrechts nicht zu einer Absenkung des nationalen Datenschutzniveaus führt. Zudem sehen wir durch die geplanten Regelungen massiv das Subsidiaritätsprinzip verletzt.“

Befürchtete Einschränkung der nationalen Souveränität

In einer gemeinsamen Sitzung des Verfassungs- und Europaausschusses haben sich die Parlamentarier mit der Reform des Europäischen Datenschutzrechts befasst. Guttenberger und Männle befürchten eine Einschränkung der nationalen Souveränität und eine Aufweichung der deutschen Datenschutzstandards. „Die Argumente von Paul Nemitz, Direktor der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission, konnten nicht überzeugen“, erklärte Guttenberger. „Wir bleiben bei unserer Auffassung: Für eine europäische Datenschutz-Rechtsverordnung und eine ergänzende Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Polizei und Justiz besteht kein Bedarf.“

Gefahrenherde

Die EU-Kommission möchte das Datenschutzrecht in der EU durch eine Datenschutzverordnung weitgehend harmonisieren, erläutert Guttenberger. Ergänzend soll es eine Datenschutz-Richtlinie für die Bereiche Polizei und Justiz geben. Die geplante Verordnung würde auch in Bayern unmittelbare Geltung entfalten und hätte damit zur Folge, dass das Bayerische Datenschutzgesetz und die zahlreichen anderen Datenschutzregelungen des Landesrechts, wie zum Beispiel für Schul- und Krankenhausdaten, in großen Teilen durch den Anwendungsvorrang des europäischen Rechts keine praktische Geltung mehr hätten.

„Damit besteht die Gefahr, dass die Bundesländer weitestgehend datenschutzpolitische und datenschutzrechtliche Gestaltungsspielräume verlieren könnten. Dass das hohe nationale Datenschutzniveau auch bei einer Vollregelung durch die EU gewahrt bliebe, ist zweifelhaft“, kritisiert Guttenberger. „Im Übrigen sollten sich Reformüberlegungen für

Aktuelles aus der Personalwirtschaft:

Basisversion zum Reisekostenverfahren

Reisen werden in vielen Kommunen und öffentlichen Unternehmen noch manuell beantragt, genehmigt und abgerechnet. Interne papiergebundene Genehmigungsabläufe und die komplexen Abrechnungsvorschriften des Bayerischen Reisekostenrechts verursachen aber einen hohen Kosten- und Zeitaufwand pro Reise.

Um die Kunden auch in diesem Bereich zu unterstützen, bietet die AKDB seit Anfang des Jahres 2011 die neue OK.PWS Fachanwendung Reisekosten an. Neben der Abrechnung „per Knopfdruck“ nach dem Bayerischen Reisekostenrecht kann der gesamte Genehmigungsprozess mittels eines Web-Workflows papierlos erledigt werden.

Die AKDB hat dieses Angebot nun ergänzt. Für Kunden, die den Genehmigungsworkflow nicht benötigen, gibt es ab

2012 die neue Basisversion zur Reisekostenabrechnung. Mit Hilfe dieser Lösung können Reisen schnell und rechtskonform abgerechnet werden. Schnittstellen zur Übernahme der Personaldaten und zur Übergabe der zu versteuernden Reisekostenanteile entlasten die Sachbearbeiter.

Ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis sorgt übrigens dafür, dass sich der Einsatz dieses Verfahrens auch für Kunden mit wenigen Reisen pro Jahr lohnt. □

Vorratsdaten:

EU-Kommission warnt vor Strafen

Die Europäische Kommission gibt Deutschland noch einen weiteren Monat Zeit, um für die Umsetzung der bereits 2006 beschlossenen Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung zu sorgen.

Danach drohen Deutschland eine Klage vor dem Gerichtshof der EU und tägliche Strafgebühren bis zur Umsetzung. Die Richtlinie verpflichtet Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass Telefon- und Internetanbieter Verbindungs- und Standortdaten für die Strafverfolgung speichern. Weitere Verzögerungen in der Umsetzung behindern u. a. den Binnenmarkt in der Telekommunikation und die Möglichkeiten von Polizei und Justiz.

Ende Dezember hatte Deutschland auf das zweite Mahnschreiben der Kommission vom Oktober geantwortet. Diese Antwort war allerdings nicht zufriedenstellend. Denn darin wurde nicht deutlich, wie und wann ein Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht verabschiedet werden soll. Die so genannte Quick Freeze-Lösung, die in Deutschland diskutiert wird, würde die Richtlinie nicht umsetzen.

Daraufhin hat die Kommission ihr Schreiben vom Oktober ergänzt und ausdrücklich auf die Möglichkeit von Strafzahlungen hingewiesen, die vom Gericht verhängt werden können. □

Geodateninfrastrukturen in der Diskussion

Das Münchner Fortbildungsseminar Geoinformationssysteme ist seit seinem Entstehen vor 17 Jahren eine feste Instanz geworden, wenn es darum geht, die wichtigsten Veränderungen der GIS-Welt aus der neutralen Position des Runder Tisch GIS e.V. an der Technischen Universität München zu präsentieren und durch Schulungskurse, Workshops und Vortragsreihen die Kenntnisse in einer Vielzahl von GIS-relevanten Themen und Bereichen zu vertiefen.

Heuer stand die Veranstaltung unter dem Motto: „Geodateninfrastrukturen für Umwelt, Energie, Klima und Mobilität“. Damit wurde ein wichtiger Teil der zukünftigen Herausforderungen für die Gesellschaft angesprochen.

So behandelten Keynotes Themen wie INSPIRE, die Geo Info-Unterstützung der Bundeswehr - Sachstand und Perspektiven, Global Monitoring for Environment and Security – GMES und energiewirtschaftliche Perspektiven, die durch die begleitenden Sitzungsreihen noch weiter vertieft wurden.

Workshop

Der ganztägige Workshop „Energiewende im Dialog“ bot Gelegenheit zu interdisziplinärem Austausch mit 40 geladenen Experten aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Energieversorgungsunternehmen und Stadtwerke, Wirtschaft, Verwaltung und Kommunen. In drei Arbeitsgruppen wurden die Zukunftsperspektiven von Geoinformation und Geo-IT im Kontext der Energiewende beleuchtet.

Kommunale Energieplanung

So wurde in der Arbeitsgruppe „Kommunale Energieplanung“ darauf verwiesen, dass die Bedeutung von Geoinformation in integrativen Planungsprozessen sowie bei flächendeckenden Potential- und Bedarfsanalysen stetig wächst. Akteure aus dem kommunalen Umfeld erörterten das künftige Anwendungsspek-

trum und die resultierenden Anforderungen.

Die Entwicklung von Energieszenarien wird maßgeblich gestützt von soliden Datengrundlagen und ganzheitlicher Modellbildung. In der Arbeitsgruppe „Energieszenarien und –strategien“ diskutierten Experten den Mehrwert der Integration von Geodaten und GIS-Technologie in Energiesystemmodelle zur strategischen Planung.

Anwendungsspektrum

Geo-Webtechnologie ist ein wesentliches Kommunikations- und Informationsinstrument der Energiewende geworden. Technologien, Zugänge und Zielgruppen wurden in der Arbeitsgruppe „Geo-Webtechnologie zur Kommunikation und Information“ aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Zudem wurde das künftige Anwendungsspektrum erörtert.

Dienste und Produkte

In der begleitenden Firmen- und Behördenausstellung präsentierte sich schließlich das Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVG) gemeinsam mit der Geschäftsstelle Geodateninfrastruktur Bayern (GDI-BY). Vorgestellt wurden die Dienste und Produkte der Bayerischen Vermessungsverwaltung, insbesondere Produktneuerheiten. GDI-BY zeigte anhand aktueller Projekte und Geodatendienste, wie durch eingeführte Standards und bereitgestellte Geo-Web-Dienste der Zugang und die Verwendung von Geodaten erleichtert werden. **DK**

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Nicoletta Bauer
Zentrales und Strategisches Marketing der AKDB

eAkten:
Weniger Papier – mehr Möglichkeiten!

Die Wirtschaftlichkeit von elektronischen Akten mit einem Dokumentenmanagement-System ist bewiesen. Nutzen auch Sie die Vorteile der elektronischen Aktenführung in Ihrer Verwaltung:

Sparen Sie sich aufwendiges Suchen, legen Sie Dokumente revisionssicher ab und machen Sie Ihre Sachbearbeitung so noch effizienter. Alle eAkten sind mit den Fachverfahren der AKDB eng verzahnt.

Informieren Sie sich unter www.akdb.de

OK **EGOV**

Software, die dem Menschen dient!

komuna GmbH:

Das Informationsmanagement der Zukunft

Das Facharchiv-Konzept von komuna schafft die Voraussetzung für übergreifendes Dokumentenmanagement ohne zusätzlichen Aufwand. Mit gleichzeitig erheblicher Arbeitserleichterung in der täglichen Praxis.

Die Idee eines zentralen Dokumentenmanagements im Rathaus ist nicht neu. Doch war es bislang mit erheblichen Kompromissen oder zusätzlichem Aufwand verbunden: Ein zentrales Archiv birgt Gefahren aus Sicht des Datenschutzes und häufig zusätzlichen Aufwand bei der erforderlichen, teilweise manuellen Archivierung. Auch mit Einschränkungen beim Zurtickspeichern von Daten in die Fachanwendung ist zu rechnen.

Der dritte Weg

Autonome Archive führen häufig zu komplizierten Schnittstellen-Lösungen und eine einheitliche Oberfläche für den zentralen Datenzugriff ist kaum zu realisieren. Hier beschreitet komuna einen dritten Weg und verbindet die automatische und deshalb einfache sowie sichere Archivierung aus der Fachanwendung mit der Möglichkeit eines zentralen und einheitlichen Datenzugriffs.

Genutzt werden hier das Facharchiv-Konzept und das Dokumentenmanagement (DMS) in

komuna.RIS. Erstmals realisiert wurde dieses integrale Konzept im Jahre 2008 mit CIP-Archiv, dem Facharchiv für das Finanzwesen. Hier sorgte komuna für eine perfekte und vollständige Integration in die Finanzsoftware CIP-KD, aber auch für eine komfortable Anbindung ans DMS. Die gesamte Sachbearbeitung bis zur Recherche erfolgt direkt aus CIP-KD. Zusätzlich aber stehen die von der Kasse gescannten Rechnungen zur Beauskunftung und zur Komplettierung von Vorgängen im DMS zur Verfügung.

CIP-Archiv

Inzwischen vertrauen bereits über 200 Anwender auf CIP-Archiv, das gerade in der 2. Version (mit erheblich ausgeweitetem Leistungsumfang) ausgeliefert wird. Neben der etablierten Kas senarchivierung von Anordnungen und Rechnungen werden jetzt auch alle Ergebnisse aus dem Personenkontenbereich in das Facharchiv übergeben. Die moderne Softwarearchitektur der

Archivkomponente in komuna.RIS ermöglicht jetzt die Implementierung dieses erfolgreichen Konzeptes der Archivintegration in beliebige weitere Fachverfahren. Entgegen dem bisherigen Archivverständnis stellt komuna.RIS ein eigenes Facharchiv je angebundener Fachanwendung zur Verfügung. Jede Anwendung kommuniziert mit dem eigenen Facharchiv und jedes Facharchiv verwaltet nur die Daten der zugewiesenen Fachanwendung. Damit gibt es keine Vermischung verschiedener Daten in einem Archiv – gerade hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit ein erheblicher Vorteil.

Die einheitliche technologische Plattform dieser Facharchive ermöglicht gleichzeitig die vollständige Anbindung an das DMS in komuna.RIS. Das Dokumen-

tenmanagement in komuna.RIS ist die universelle und programm-unabhängige Auskunftsplattform für alle im Aktenplan abgelegten Unterlagen, Dokumente, E-Mails, Notizen, Sitzungsprotokolle und Beschlüsse. Außerdem sucht es übergreifend in den Facharchiven, zum Beispiel nach Kassenanordnungen und Bescheiden. Alle enthaltenen Informationen sind nach verschiedensten Suchkriterien aufrufbar, sogar eine Volltext- und damit Inhaltsdatenrecherche ist möglich.

Zentrale Komponenten

Dokumentenmanagement und Sitzungsdienst sind die zentralen Komponenten von komuna.RIS. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes – wer darf auf welche Daten zugreifen? – bieten sie eine komfortable einheitliche Oberfläche für den Zugriff auf die Informationen im Rathaus. Sie machen komuna.RIS zugleich zum Fachauskunftsmittel für Sachbearbeiter und zur globalen Informationsquelle für Entscheider.

Usability Engineering als strategische Ausrichtung

Workshop Verbund IQ: Benutzerfreundliche Software wird immer wichtiger

Das Thema benutzerfreundliche Software wird auch für den professionellen Einsatz immer wichtiger. Künftig steht nicht mehr die Maximierung der Funktionalitäten im Vordergrund der Entwicklung von Software, sondern deren Nutzerfreundlichkeit. Deshalb veranstaltete die Verbund Ingenieur Qualifizierung gGmbH gemeinsam mit dem Usability Engineering Center der Hochschule Nürnberg einen Workshop für die infoteam Software AG.

An drei Tagen trainierten die Teilnehmer unter Leitung von Prof. Dr. Hans-Georg Hopf (Professor für Software Engineering an der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg), z. B. die Benutzerführung aus Anwendersicht immer im Auge zu behalten oder wie man gute grafische Benutzeroberflächen (GUI) evaluiert. Und sie lernten, wie Techniken des Usability Engineering dabei helfen, systematisch nützliche und gut bedienbare Softwareprodukte zu erstellen.

Die Teilnehmer waren durchwegs versierte Softwareentwickler der infoteam Software AG, die täglich mit Tools wie Visual Studio, WPF oder WCF arbeiten. Einige der Teilnehmer entwickeln in wichtigen Kundenprojekten anwenderfreundliche GUIs auf Java-Basis, so dass dem Softwareunternehmen ein intensiver inhouse-Workshop ideal erschien.

„Wir legen größten Wert auf fundierte Fortbildung unserer Softwareentwickler im Bereich Usability Engineering“, sagt Andreas Turk von der infoteam Software AG. Das Unternehmen habe

Usability Engineering als strategische Ausrichtung für seine Softwarelösungen erkannt. Denn „nach Usability-Kriterien entwickelte Software kann intuitiv bedient werden“. Die Interaktion sei eindeutig und Anwendungsfehler würden vermieden, so Turk. Deshalb kooperiere die infoteam Software AG seit einigen Jahren mit Verbund IQ und dem Usability Engineering Center der Ohm-Hochschule Nürnberg.

Auf dem Programm standen u.a. auch Themen wie die Psychologie der Nutzer, Normen und Standards hinsichtlich der Softwareergonomie. Im Usability Lab der Hochschule konnte die Nutzerfreundlichkeit auch sogleich getestet werden. Das Feedback der Teilnehmer war durchwegs positiv. „Die Dozenten vermittelten wertvolle Praxistipps, die unsere Mitarbeiter in ihrer täglichen Arbeit weiter voranbringen werden“, zog Andreas Turk von infoteam Resümee.

Die Verbund Ingenieur Qualifizierung gGmbH (Verbund IQ), im Jahr 2000 als gemeinnützige Gesellschaft gegründet, ist spezialisiert auf den Weiterbildungsbedarf von technischen Fach- und Führungskräften. Verbund IQ erarbeitet und begleitet maßgeschneiderte Qualifizierungsangebote, konzipiert und organisiert Kolloquien und veranstaltet Weiterbildungsstudiengänge. Gesellschafter von Verbund IQ sind das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft (bbw) e.V. und die Georg-Simon-Ohm-Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule Nürnberg.

Info: www.verbund-iq.de



Den Startschuss für die 3000. DSL-Kooperation bundesweit gaben in Neuendorf (v. l.) Ulrich Adams, Vorstandsbeauftragter für den Breitbandausbau der Deutschen Telekom, Regierungspräsident von Unterfranken Dr. Paul Beinhofer, Bürgermeister Karlheinz Albert sowie Klaus Markert, Teamleiter Produktion Technische Infrastruktur der Telekom.

3000 Kooperationen:

DSL-Ausbau kommt mit Riesenschritten voran

Bayern ist Spitzenreiter bei den DSL-Kooperationen der Telekom

Der Datenhunger in Deutschland wächst und der Bedarf nach schnellen Leitungen ist ungebrochen - auf dem Land und in der Stadt. Die Deutsche Telekom trägt dieser Nachfrage Rechnung und baut ihre Netze in und außerhalb der Ballungszentren aus. Hierzu wurden in den vergangenen drei Jahren 3.000 Kooperationsverträge mit Kommunen in ganz Deutschland unterzeichnet. Für die 3000. Kooperation fiel jetzt der Startschuss in der bayerischen Gemeinde Neuendorf. Bei einem Festakt stellten Unterfrankens Regierungspräsident und Vertreter der Telekom ihr Engagement für den Breitbandausbau in Unterfranken und Deutschland dar.

„Ich freue mich, dass der Abschluss der 3000. Kooperation der Deutschen Telekom hier in Unterfranken, in Neuendorf, statt findet. Steht diese Zahl doch auch für ein großes Engagement der unterfränkischen Kommunen beim Breitbandausbau“, bemerkte der Regierungspräsident von Unterfranken, Dr. Paul Beinhofer. „Insgesamt 209 unterfränkische Kommunen haben hierzu in Höhe von zusammen 17,7 Millionen Euro in den letzten Jahren staatliche Förderbehalte erhalten, davon 108 allein im letzten Jahr.“

Bundesweit wurden von der Telekom im vergangenen Jahr mehr als 1100 neue DSL-Kooperationen mit Gemeinden geschlossen. In Betrieb gingen Anschlüsse für rund eine viertel Million Haushalte, die nun mit deutlich erhöhter Geschwindigkeit oder sogar erstmals mit einem DSL-Anschluss im Internet unterwegs sind. „Das ist eine gewaltige Leistung, wenn man bedenkt, dass jedes Ausbauprojekt mit großen Investitionen, einem hohen technischen Aufwand und mit mehrmonatigen Bauarbeiten verbunden ist“, erklärte Ulrich Adams, Vorstandsbeauftragter für den Breitbandausbau der Deutschen Telekom.

Der Breitbandausbau stellt jedes Telekommunikationsunternehmen vor eine große Herausforderung. Denn meist können in ländlichen Regionen nur relativ wenige Haushalte erreicht werden, obwohl hohe Investitionen getätigt werden müssen. „Trotzdem treibt die Deutsche Telekom seit Jahren den DSL-Ausbau auf dem Land voran“, sagte Ulrich Adams. „Wir haben uns das ambitionierte Ziel gesetzt, die Rekordzahlen aus dem letzten Jahr in 2012 zu wiederholen.“

Von den 1100 neuen DSL-Kooperationen bundesweit wurden

mehr als 450 alleine in Bayern abgeschlossen – doppelt so viel wie im Vorjahr. 350 Ausbaumaßnahmen wurden hier in Betrieb genommen. Damit führt Bayern die bundesweite Telekom-Statistik mit Abstand an.

Um die Gemeinde Neuendorf einschließlich dem Ortsteil Nantendorf mit schnellen Internet-Anschlüssen zu versorgen, wird die Telekom ungefähr 8,7 Kilometer Glasfaserleitungen verlegen, mehr als 1,7 Kilometer davon im Tiefbau. Außerdem werden zwei neue Kabelverzweiger aufgebaut. Damit können die Bürger von Neuendorf ab Ende dieses Jahres mit Geschwindigkeiten von bis zu 50.000 Kilobit pro Sekunde im Internet surfen.

Warum die Telekom auf einen Technologie-Mix setzt

Um möglichst vielen Gemeinden auf dem Land die Breitbandanbindung zu ermöglichen, setzt der Konzern verstärkt auf einen so genannten Technologie-Mix: „Wo der Ausbau über Festnetz zu teuer ist, prüfen wir Mobilfunklösungen, um den Bürgern über alternative Technologien schnelle Internetzugänge anbieten zu können“, sagte Ulrich Adams. Auch über das Mobilfunknetz sind heutzutage festnetzähnliche Übertragungsraten möglich. Rund 2300 so genannter weißer Flecken in ländlichen Regionen konnten im vergangenen Jahr geschlossen werden, der größte Teil davon durch den Ausbau der neuen Mobilfunktechnik LTE (Long Term Evolution). Durch den kontinuierlichen Netzausbau erhöhte die Deutsche Telekom 2011 außerdem die Übertragungsgeschwindigkeit im UMTS-Mobilfunknetz bundesweit auf bis zu 42,2 Megabit pro Sekunde.

Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg ob der Tauber:

Effektive Verwaltung

„Acht Gemeinden, eine Gemeinschaft – effektive Verwaltung seit über 30 Jahren“: Dafür steht die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg ob der Tauber. Sie bündelt die Verwaltung der Gemeinden im Umland mit ihren 10.150 Einwohnern am Sitz in der bekannten romantischen Stadt über dem Taubertal.

Das neue Kassensystem hilft den Mitarbeitern, ihrem Anspruch auch im Bürgerservice gerecht zu werden. „Einfach, sicher, bar und bargeldlos kassieren“ ist das Motto, das die Gebührenkasse TopCash charakterisiert.

Im November 2011 installiert, ist das System mit zentraler Organisation bereits im Dezember produktiv gegangen. Auf eine Stelle des Zahlungsverkehrs im Kassensamt kommen 13 Erfassungsarbeitsplätze in den Fachbereichen. Die abgesicherte EC-Zahlung mit Zahlungsgarantie via TopCash-EC-Modul wird derzeit an der zentralen Kasse nahtlos integriert angeboten.

Während für den IT-Leiter, Herrn Scheuenstuhl, der pflegeleichte Betrieb im Vordergrund steht, schätzt Frau Letterer, VG-Kassenleiterin, die Mahnfunktion direkt aus der Sammelkasse heraus: Mahnungen werden mit nur

einem Mausklick aus dem Vorgang erzeugt. Als aussagekräftig und flexibel anpassbar erweist sich das Spektrum standardisierter Abschlusslisten, summarischer Auswertungen und detaillierter Buchungsberichte mit Einzelausweis aller Gebührenvorgänge.

Pappenheim und Altötting

Andere bayerische Kommunen setzen ebenfalls individuelle Anforderungen mit TopCash um: Die Stadt Pappenheim im Landkreis Weißenburg setzt beispielsweise als kleine Stadtverwaltung mit nur 5.000 Einwohnern seit Januar 2012 auf zwei Arbeitsplätze im Bürgerservice. Altötting mit seinen 12.500 Einwohnern bedient seine Kunden an 15 Kassen. In größeren Strukturen bewähren sich bundesweit Installationen mit über 100 Einzel- und Gemeinschaftskassen.

Das Rathaus Informations-System

Eine Plattform.Eine Lösung.Alle Dokumente.



komuna.RIS

- Dokumentenmanagement
- Sitzungsdienst
- Ratsinformationssystem
- Archivierung

• CIP - Archiv

- Facharchive

komuna GmbH
EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 08 71/973 85-0
Fax 08 71/973 85-600
info@komuna.de
www.komuna.de



Rechnen Sie jetzt mit Ihrem alten Kassensystem ab.

Die Lösung mit EC-Modul:
www.topcash.de

EDV Ermtraud GmbH
www.edv-ermtraud.de

Umweltbericht Bayern 2011:

Erfolge und Brennpunkte

Abfallaufkommen – Verwertungsquote – Altlasten

An der Schwelle zu einer neuen Umweltpolitik im Freistaat hat das Bayerische Landesamt für Umwelt in Augsburg den Umweltbericht Bayern 2011 vorgelegt. Der Bericht, der sich als Fortschreibung seines Vorgängers aus dem Jahr 2007 versteht, zeigt auf einen Blick, wie sich die wesentlichen Umweltbereiche entwickeln.

Vier zentrale Schutzgüter sind für die Menschen besonders wichtig: Gesundheit, Natur, Klima und Ressourcen. Anhand dieser Schutzgüter werden signifikante Trends meist über einen Zeitraum von zehn Jahren in Bayern dargestellt. Für den Umweltbericht wurden Daten aus über 40 Messprogrammen mit rund 9.000 Mess- und Beobachtungsstellen ausgewertet.

Gute Nachricht

Die gute Nachricht vorweg: An vielen Stellen sind deutliche Erfolge sichtbar, zum Beispiel im Gewässerschutz, in der Abfallverwertung und bei den erneuerbaren Energien. Laut LfU-Präsident Claus Kumutat „zeigt dieser Indikatorenbericht anhand von 29 Umweltindikatoren aber

auch deutlich, wo noch mehr getan werden muss“. Der Klimawandel, der Verlust biologischer Vielfalt, der Flächenverbrauch und die Lärmbelastung blieben weiterhin die Brennpunkte des Umweltschutzes.

Weitgehende Verwertung

Stichwort Abfallaufkommen: Ob im Haushalt, Garten, bei der Grünflächenpflege, im Betrieb, Büro oder auf dem Bau: Täglich erzeugen wir Abfälle, die entsorgt werden müssen. Weil der Abfall neben dem Restabfall auch Wertstoffe wie Altpapier und Altglas, aber auch Grüngut und Bioabfälle enthält, ist laut Umweltbericht eine weitgehende Verwertung das Ziel.

Bei der Abfallentsorgung sind der Verbrauch von Energie, die

Inanspruchnahme von Deponieraum und Umweltbelastungen wie Luftschadstoffe, Lärm und Klimagase zu nennen. Durch eine möglichst weitgehende Verwertung können diese negativen Effekte reduziert werden. Manche Abfälle sind allerdings so mit Schadstoffen belastet, dass sie Risiken für Ökosysteme und die menschliche Gesundheit darstellen können. Sie müssen daher aus dem Wirtschaftskreislauf herausgenommen und dauerhaft umweltverträglich beseitigt werden.

Bis 1990 ist das Abfallaufkommen ständig gestiegen. Seither ist es trotz Wirtschaftswachstum auf gleichem Niveau geblieben. 2010 fielen im Durchschnitt in Bayern pro Einwohner rund 511 Kilogramm an. Das Abfallaufkommen ist in städtischen Gebieten höher als in ländlichen Gebieten. Eine große Rolle spielen dabei die Haushaltsgröße und das persönliche Konsumverhalten der Menschen.

Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen

Stichwort Verwertungsquote: Der weltweite Vorrat an Erzen und anderen Industrierohstoffen ist begrenzt. Die vermehrte Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen aus dem Abfall ist daher unerlässlich. Dies gilt in zunehmendem Maße für viele wichtige Metalle wie Kupfer, Nickel und Aluminium.

Deshalb werden heute möglichst viele nutzbare Wertstoffe haushaltsnah vom Restabfall getrennt und mit entsprechenden Sammelsystemen erfasst. Die stoffliche Verwertung der „klassischen“ Wertstoffe wie Glas, Papier, Metall und Kunststoffe hat in Bayern bereits einen hohen Stand erreicht. Sie werden flächendeckend in Hol- und Bringsystemen erfasst. Durch die Einführung der für den Bürger komfortableren Holsysteme, z. B. Papiertonne und Gelber Sack/Gelbe Tonne, anstatt der Bringsysteme Wertstoffcontainer und -hof, können noch mehr Wertstoffe erfasst werden.

Grüngut

Allerdings werden dem Umweltbericht zufolge nur noch geringfügige Steigerungen bei der

Bestimmung der Radonkonzentration kostet 30 bis 50 Euro. Die Auswertung ist im Preis enthalten.

Eine Liste mit Institutionen, die Exposimeter anbieten, findet sich unter www.lfu.bayern.de/strahlung/radon_in_gebaeuden/messungen/index.htm. □

Verwertung erwartet. Bei einer weiter zunehmenden Siedlungstätigkeit mit Gärten und Rasenflächen können sich die Mengen an Grüngut erhöhen, die bei kommunalen Sammelstellen abgeliefert werden. Schon heute liegt der Anteil des Grüngutes bei über 26 Prozent der verwerteten Haushaltsabfälle.

Deutliche Spuren

Stichwort Altlasten: Über 100 Jahre industrielle Entwicklung und die Beseitigung von Abfällen haben ihre Spuren hinterlassen. Umweltstandards für die Ablagerung von Abfällen, z. B. auf gemeindeeigenen Müllkippen und für Anlagen und Produktionsbetriebe, z. B. alte Industriebetriebe und Fabriken, waren früher niedriger oder fehlten ganz. Schadstoffeinträge in den Untergrund führten zu Belastungen von Boden und/oder Grundwasser und damit zu Risiken für Ökosysteme und die menschliche Gesundheit.

Verdachtsflächen

In Bayern sind derzeit rund 17.800 Altlasten und Altlastverdachtsflächen registriert, davon etwa zwei Drittel Altablagerungen und ein Drittel Altstandorte. Jeder Altlastverdacht muss aufgrund der möglichen Gefahren für Mensch und Umwelt überprüft werden. Darüber hinaus hemmt ein nicht geklärter Verdacht auch die Wiedernutzung ehemaliger Industrie- und Gewerbeflächen und damit die wirtschaftliche Entwicklung. Durch Flächenrecycling werden vorgenutzte Flächen wieder in den Wirtschafts- und Naturkreislauf eingegliedert und der Flächenverbrauch auf der „grünen Wiese“ reduziert.

GAB-Altlastensymposium 2012 in Bamberg

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) veranstaltet am 2. und 3. Juli 2012 im Messe- und Kongresszentrum im Hegelsaal in Bamberg ihr alljährliches Altlastensymposium.

Nachdem im letzten Frühsommer die Energiewende postuliert wurde, im Zuge dessen der Ausbau von erneuerbaren Energien verstärkt vorangetrieben werden sollte, hat es bereits erfreuliche Entwicklungen in dem Bereich gegeben, die der ausführlichen Darstellung bedürfen. Unter anderem wurde auch die GAB mit neuen Projekten im Bereich Photovoltaik betraut. Dem entsprechend wird ein Themenschwerpunkt des diesjährigen Symposiums sich dem Thema „Photovoltaik auf Altlasten und Deponien“ widmen.

Weitere Themenschwerpunkte der zweitägigen Veranstaltung sind aktuelle Entwicklungen zu abfallrechtlichen Fragen bei der Altlastensanierung, Erläuterungen der bodenschutzrechtlichen Anforderungen der Richtlinie über Industrieemissionen (IED), Aspekte der Untersuchung und Sanierung von Altlasten und die Darstellung der sehr komplexen Sanierung der Heeresmunitionsanstalt St. Georgen (Traunreut).

Neben einem interessanten Vortragsprogramm wird es eine Führung über die Landesgartenschau in Bamberg geben, die hauptsächlich auf dem Gelände einer ehemaligen Baumwollspinnerei liegt.

Das Altlastensymposium 2012 führt als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.

Das Tagungsprogramm mit dem Anmeldeformular kann auf den Internetseiten unter www.altlasten-bayern.de abgerufen werden. □

Radon in Gebäuden

Bayernweites Info-Netzwerk ‚Radon‘ wird aufgebaut Neue Zusatzausbildung ‚Radon-Fachberater‘

Bayern baut ein Netzwerk an Radon-Fachberatern auf. „Architekten, Planer, Energieberater und die Bauverwaltung sollen verstärkt für das Thema Radon sensibilisiert und zu ‚Radon-Fachberatern‘ ausgebildet werden“, sagte der Präsident des Landesamtes für Umwelt (LfU), Claus Kumutat, zu Projektbeginn in Augsburg. Das Netzwerk soll in Kooperation u. a. mit Hochschulen, Kammern und Verbänden realisiert werden.

Die Inhalte von Aus- und Weiterbildungsangeboten zum Thema Radon und Radonsanierung werden ab sofort vom LfU erarbeitet und den Netzwerkpartnern zur Verfügung gestellt. „Ziel ist, bayernweit vor Ort kompetente Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zur Verfügung zu haben“, so Kumutat. Zu den Aufgaben der Radonfachberater gehören Beratung über Radon-Sanierung bestehender Gebäude sowie radonsichere Planung und Neubau von Gebäuden. Parallel dazu wird das LfU sein bestehendes Informationsangebot weiter ausbauen.

Aufbau von Netzwerken

Das Thema Radon ist gerade für Baufachleute besonders wichtig, jedoch wenig bekannt. Aus- und Weiterbildungsangebote gibt es bisher kaum. Das LfU wird deshalb Lehrinhalte und Lehrpläne erarbeiten und Strategien entwickeln, wie Kammern, Verbände und Hochschulen in ein Aus- und Weiterbildungsprogramm integriert werden können. Kommuni-

kations- und Kooperationsnetzwerke sollen daraufhin aufgebaut werden. Durch Kooperation mit den anderen Bundesländern und den Alpenanrainern soll die neue Zusatzausbildung „Radon-Fachberater“ offiziell anerkannt werden. Das Projekt läuft bis Februar 2015 und wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit finanziert.

Radioaktives Edelgas

Radon ist ein farb-, geruch- und geschmackloses radioaktives Edelgas. Es kann aus Gesteinen und Böden entweichen und in Häuser eindringen. Eine einfache aber wirkungsvolle Maßnahme gegen Radon in Innenräumen ist das häufige, stoßweise Lüften. Dabei sollten auch die Kellerräume gelüftet werden, da das Radon hier in das Gebäude eintritt.

Die Radonkonzentration in Gebäuden lässt sich mit einem einfachen Exposimeter bestimmen. Dazu wird das Gerät mindestens drei Monate – besser ein ganzes Jahr – im Erdgeschoss, eventuell zusätzlich auch im Keller des Gebäudes aufgestellt. Ein Exposimeter zur

Landkreis Rosenheim:

Niedrigere Abfallgebühren

Der Rosenheimer Kreistag ändert die Abfallgebührensatzung: Ab 1. Juli gelten neue Gebühren, die um durchschnittlich 20 Prozent niedriger sind als heute.

Zudem führt der Landkreis die 40 Liter-Restmülltonne ein. Grund ist das hohe Trennungs- und Sortierbewusstsein der Bürger. Nach Auskunft von Landrat Josef Neiderhell steht der Landkreis mit einer Recyclingquote von 72 Prozent in Bayern ganz vorn. Parallel zum Anstieg der getrennt erfassten Wertstoffe stieg in den vergangenen Jahren die Nachfrage nach einer Restmülltonne mit weniger Füllraum als die derzeit kleinste Tonne mit 80 Litern.

Unverändert ließ der Kreistag die bisher geltende Regelung des Kompostierabschlags. Etwa drei

Viertel der Haushalte kompostieren selbst. Dadurch ersparen sie sich etwa zehn Prozent der Restmüllgebühr.

Stabilität

Mehr als 18 Jahre war es der Abfallwirtschaft im Landkreis gelungen, die Müllgebühren stabil zu halten. Landrat Josef Neiderhell ist zuversichtlich, dass es auch mit der neuen Gebührenregelung möglich sein wird, gleichbleibende Abfallgebühren zu gewährleisten.

Für die beschlossene Änderung der Abfallgebührensatzung wur-

den in der Kreistagssitzung mehrere Gründe genannt. So hat der Landkreis als Mitglied im Zweckverband Abfallverwertung Südostbayern die aufgenommenen Kredite für den Aufbau der Müllverbrennungsanlage in Burghausen inzwischen zurückgezahlt. Durch neue Verträge gelang es, die Behandlungsentgelte für die thermische Verwertung des Haus- und Sperrmülls zu senken.

Darüber hinaus ging der finanzielle Aufwand für das Sammeln des Abfalls durch eine ständige Optimierung der Betriebsabläufe nachhaltig zurück. Ein weiterer Grund sind die gestiegenen Erlöse für die eingesammelten Wertstoffe, vor allem für Altpapier und Altmetall. DK

Mercedes-Benz stellt neue Nutzfahrzeugmotoren vor:

BlueEfficiency Power

Künftige Abgasstufe Euro VI wird erfüllt

Stuttgart – Mercedes-Benz präsentierte jüngst in Stuttgart-Untertürkheim erstmals eine völlig neu entwickelte Generation von Mercedes-Benz Medium-Duty-Motoren mit der Serienbezeichnung OM 93x. Mit dem ebenfalls neuen Heavy-Duty Motor OM 470 erweitert Daimler sein „BlueEfficiency Power“-Motorenportfolio zu einem umfangreichen Angebot in der kommenden Abgasstufe Euro VI. Der 2011 vorgestellte OM 471 wird bereits im neuen Mercedes-Benz Actros für den Fernverkehr eingesetzt.

Georg Weiberg, Leiter Entwicklung Daimler Trucks, sagte anlässlich der Motorenpräsentation: „Die neuen Motoren setzen Maßstäbe in ihrer Klasse. Sie sind kompromisslos auf Umweltschonung, Wirtschaftlichkeit und Performance ausgelegt.“ Erstmals gibt es in einer Nutzfahrzeug-Motorenbaureihe sämtliche Motoren ausschließlich in der künftigen Abgasstufe Euro VI. Euro VI ist ab 2013/14 in der EU verbindlich vorgeschrieben. Weiberg fuhr fort: „Damit übernimmt Mercedes-Benz erneut die Vorreiterrolle beim Umweltschutz.“ Dies sei besonders für die Baureihe OM 93x wichtig, da Medium-Duty-Motoren vorwiegend in Lkw und Bussen betrieben würden, die in Ballungsgebieten fahren, also dort, wo eine Reduzierung der Emissionen den Menschen unmittelbar zugute kommt.

Langlebigkeit

Gleichzeitig sind die neuen Medium-Duty Motoren äußerst wirtschaftlich durch Langlebigkeit, geringen Verbrauch an Kraftstoff, AdBlue und Motoröl sowie lange Wartungsintervalle. Dank modernster Motorentechnik überzeugt die Baureihe OM 93x zudem mit spontanem Antritt und beeindruckender Leistungsentfaltung. Eines der technischen Highlights ist die verstellbare Nockenwelle, die es erstmals in einem Dieselmotor gibt.

Baukastensystem

Stefan Buchner, Leiter Global Powertrain, Einkauf und Produktionsplanung Daimler Trucks: „In die Entwicklung der neuen Mercedes-Benz Motoren OM 934 und OM 936 und ihre Fertigungsanlagen im Werk Mannheim haben wir rund 500 Millionen Euro investiert. Das Ergebnis über-

zeugt: Die neue Baureihe OM93x ist ein Meilenstein unter den Medium-Duty-Motoren und vielseitig einsetzbar – in Lkw, Bussen sowie als Industriemotor.“ Die Motoren entstammen einem Baukastensystem mit einem hohen Grad an Gleichteilen.

Die Medium-Duty-Motoren

OM 934 und OM 936 mit vier und sechs Zylindern sowie 5,1 bzw. 7,7 Litern Hubraum decken eine Leistungsspanne von 115 kW (156 PS) bis 260 kW (354 PS) ab. Die beiden Triebwerke lösen langfristig die Motoren der Baureihe 900 ab, die 1996 vorgestellt und bis heute fast eine Million Mal produziert wurde.

Der Heavy-Duty Motor OM 470 mit sechs Zylindern und 10,7 Litern Hubraum deckt eine Leistungsspanne von 240 kW (326 PS) bis 315 kW (428 PS) ab. Er schließt an den im Vorjahr vorgestellten OM 471 mit 12,8 Liter Hubraum an.

Maßgeschneidert für Stadtbusse

Die neuen Motoren sind maßgeschneidert für den leichten bis schweren Verteilerverkehr sowie für Einsätze im leichten und mittleren Baustellen- und Fernverkehr. In stehender sowie in

liegender Bauweise ist der OM 936 ebenfalls für Stadt- und Überlandbusse vorgesehen.

In folgenden Schritten ist der Einsatz in weiteren Marken und Modellen von Daimler Trucks auf anderen Kontinenten geplant. Gleiches gilt für die Verwendung der modernen Vier- und Sechszylindermotoren im Off-Highway-Einsatz als Industriemotoren. Die Serienproduktion der Stadtbustvarianten im Motorenwerk Mannheim startet bereits in Kürze.

„Synchrone Fabrik“

Im Werk Mannheim wird nach dem Prinzip der „synchrone Fabrik“ produziert. Das heißt, die drei Fertigungsbereiche Gießerei, Zerspanung und Montage funktionieren als Gesamtsystem in einem fortlaufenden Produktionsfluss. In Mannheim erfolgt auch die Koordination des weltweiten Lieferantenmanagements. □

Mecalac Vertrieb künftig exklusiv über die Kiesel GmbH

Der französische Baumaschinenhersteller Groupe Mecalac mit den bisherigen Marken Mecalac und Ahlmann wird künftig alle Produktgruppen ausschließlich unter der Marke Mecalac vertreiben. In Deutschland werden die Produkte künftig exklusiv von der Kiesel GmbH vermarktet.

Mecalac zählt zu den weltweit innovativsten Baumaschinenherstellern im Bereich mobiler Erdbaumaschinen und ist Marktführer für Kompakt-Mobilbagger in Frankreich. Die in Büdelsdorf bei Kiel hergestellten und bisher unter der Marke Ahlmann vertriebenen Radlader werden künftig ebenfalls den Namen Mecalac tragen. Darüber hinaus wird der Vertrieb in Deutschland neu geordnet. Künftig wird die in Baienfurt bei Ravensburg ansässige Vertriebs- und Servicegesellschaft Kiesel GmbH die Import- und Vertriebsfunktionen aller Maschinen von Mecalac übernehmen. Die bisherigen Handelspartner von Ahlmann werden somit künftig von der Kiesel GmbH betreut. Zusätzlich bringt Kiesel eigene Niederlassungen sowie eine große Zahl von Handelspartnern mit ein.

Dazu wird die Kiesel GmbH neben den beiden aktuell vertretenen Marken Hitachi und Terex Fuchs ab Januar 2012 in Deutschland als dritten Baumaschinenhersteller auch Mecalac, einschließlich der Radlader des ehemaligen Ahlmann Programms, exklusiv vertreten.

Die Kiesel GmbH wird damit in Deutschland zum einzigen Komplett-Anbieter aller gebräuchlichen Radlader-Konzepte, vom Knicklenker über Allradlenker bis zum Schwenklader. Die Kiesel Vertriebsorganisation einschließlich ihrer Partner erreicht damit eine bisher in Deutschland nicht vorhandene Beratungskompetenz hinsichtlich des Einsatzes der verschiedenen Lenk- und Stabilitätskonzepte im Bereich der Radlader. Die bisherigen Handelspartner für Mecalac Ahlmann Produkte in Deutschland werden dabei zu weiten Teilen aus der neuen Vertriebspartnerschaft betreut, sodass bestehende Kundenbindungen erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden können.

Familienunternehmen

„Diese Entscheidung ist mit Blick auf die strategische Ausrichtung unseres Unternehmens von großer Bedeutung. Um nur annähernd an die Bedeutung, die sich das Unternehmen Mecalac in Frankreich erarbeitet hat auch in Deutschland heranzukommen, brauchen wir den Schulterchluss

mit der aus unserer Sicht prozessorientiertesten Vertriebsgesellschaft“, so Dr. Georg Sick, CEO und Gesellschafter der Groupe Mecalac S.A. „Mit der Kiesel GmbH verbindet uns auch der in beiden Unternehmen ähnliche Wertekanon eines Familienunternehmens mit der Ausrichtung auf langjährige stabile Partnerschaft mit Mitarbeitern und Endkunden“, ergänzt Gesellschafter Henri Marchetta. „Die Erfolgsfaktoren der Kiesel GmbH sind unsere Service- und Prozessorientierung. Mecalac bietet insbesondere für innerstädtische Baustellen und für Umschlagsbetriebe ein außergewöhnlich interessantes Produktprogramm, das dem prozessorientierten Anwender eine Fülle von hocheffizienten Systemlösungen bietet“, erläutert Toni Kiesel die Entscheidung seines Hauses.

Den Systemgedanken, die ganzheitliche Betrachtung des kundenspezifischen Anforderungsprofils an eine Maschine, hat das Unternehmen in den letzten Jahren konsequent ausgebaut und sein Angebotsprogramm dahingehend erweitert. Die Kiesel GmbH zählt inzwischen zu den umsatzstärksten Baumaschinenhändlern in Europa. Der Hersteller Mecalac gibt seit Jahren die Richtung bei der Entwicklung von prozessorientierten Bau-

Widerstandsfähige Rückfahrkameras

Carlights.de Modell für Kommunalfahrzeuge erhält Zertifizierung für Schutzart IP 69 K

Schmutz und regelmäßiger Hochdruck- oder Dampfstrahlreinigung von Bau-, Kommunal- und landwirtschaftlichen Fahrzeugen hält sensible Technik wie die einer Rückfahrkamera häufig nicht stand. Carlights.de hat nun eine Kamera entwickelt, die besonders widerstandsfähig gegen Dreck und äußere Einflüsse ist und der höchsten Schutzart IP 69 K entspricht. Das nach DIN EN 60529 und ISO 20653 geprüfte Gerät aus stabilem Aluminium-Druckguss ist staubdicht und hält bei der Reinigung einem Wasserdruck von bis zu 100 bar stand. Zusätzlich erleichtern die Unempfindlichkeit gegen Salz sowie eine Nachtsichtfunktion einschließlich automatischer Tag/Nacht-Umschaltung Kommunen und Bauwirtschaft das Arbeiten im Winter.

Bisher gibt es nur wenige Kameras, die für die höchste Schutzart zertifiziert und somit auch für den Einsatz an bauwirtschaftlichen Großfahrzeugen wie Kippern, an Kehrmaschinen oder Müllwagen geeignet sind. Um die Prüfung für IP 69 K zu bestehen, müssen die Geräte zwei wesentliche Anforderungen erfüllen: Es darf kein Staub ins Gehäuse gelangen und sie müssen wasserdicht sein – selbst wenn sie einem Wasserdruck von 80 bis 100 bar ausgesetzt sind. In verschiedenen Tests bewies die Kamera CM-IP69K von Carlights.de nun, dass sie diese Voraussetzungen erfüllt.

Einsatzfähigkeit unter extremen Bedingungen

So wurde das Gerät in der Staubbkammer auf seine Dichte gegenüber Kleinstpartikeln geprüft. Die Kamera wurde dazu fünf Stunden lang einem wirbelnden Luftstrom ausgesetzt, der feinen Staubbpulver mit sich trug. Zudem wurde das Gerät für zwei Minuten aus einem Winkel von 0, 30, 60 und 90 °C einem 80 °C heißen Wasserstrahl von 90 bar Druck ausgesetzt. Nach diesen Tests blieb die Kamera unbeschädigt und funktionsfähig, im Inneren fanden sich weder Staub noch Wasser.

maschinen in der Branche vor.

Beispiele sind die Multifunktions-Bagger, mit denen Mecalac in Frankreich mit Abstand Marktführer bei kompakten Mobilbaggern ist, allradgelenkte Schwenklader, die Ahlmann eine Spitzenposition unter den prozessorientierten Radlader-Spezialisten in Europa eingebracht haben, oder die Kombination aus Kompaktlader und Minibagger der Mecalac MCR-Baureihe.

Profi-Service

Für die Kunden bringt die neue Allianz zwischen Mecalac und Kiesel eine flächendeckende Systemberatung, eine höhere Dichte an Produktdemonstrationen und einen professionellen Service. Dazu tragen nicht nur die flächendeckende Kundennähe der Kiesel Organisation bei, sondern vor allem auch die zum Einsatz kommenden Produktspezialisten sowie das bereits im Bau befindliche zentrale Logistikzentrum in Stockstadt bei Frankfurt.

Für die Kiesel Organisation schließt sich eine Lücke im Bereich kompakter, multifunktionaler Universalmaschinen in den Gewichtsklassen von 4-16 Tonnen. Mit dem 8 Produktgruppen umfassenden Mecalac Programm wird die Beratung der Kundschaft noch objektiver und gezielter. Die multifunktionalen Maschinen von Mecalac sind darüber hinaus ideale Träger für die von Kiesel vertretenen Anbaugeräte.

Für Mecalac als Familienunternehmen ist das Zusammengehen mit dem kundenorientierten, ebenfalls familiengeführten Handelsunternehmen ein Garant für einen nachhaltigen Ausbau des Marktanteils in Deutschland. □

Die Widerstandsfähigkeit der Kamera gegenüber einem hohen Wasserdruck ist zum Teil auf ein spezielles Kameraobjektiv zurückzuführen. „Das Objektivglas ist gewölbt und absorbiert die Einwirkung deutlich besser als dies bei einer glatten Glasfläche der Fall wäre“, erläutert Christian Jurtz, Geschäftsführer von Carlights.de. „Zusätzlich sorgt eine Nanobeschichtung mit Lotuseffekt dafür, dass das Wasser abperlt und das Glas nicht beschlägt.“ Darüber hinaus sind alle Bauteile sehr massiv gestaltet: Sowohl Standfuß als auch Schutzdach sind aus Edelstahl. Die Kamera ist durch zwei korrosionsbeständige Aluminiumgehäuse geschützt. Zusätzlich verteilt ein Leitchblech den Wasserdruck gleichmäßig über die Oberfläche des Objekts. Die Kamera ist leicht anzuschließen, muss aber dank ihrer Robustheit auch bei stark schmutzenden Arbeiten oder beim Reinigen mit Hochdruck oder Dampfstrahl nicht abgebaut werden.

CM-IP69K auf Wintertauglichkeit geprüft

Über die Anforderungen der Schutzartprüfung hinaus ist die Kamera aufgrund ihrer Eigenschaften besonders für den Einsatz im Winter geeignet: Sie ist für einen Temperaturbereich von -40 bis +80 °C ausgelegt und sehr widerstandsfähig gegen die Einwirkung von Salz. Nachgewiesen werden konnte dies in einem 8-stündigen Salznebelsprühtest, dem die Kamera bei einem unabhängigen Institut unterzogen wurde: Weder Lack noch Kabel waren danach korrodiert.

Aufgrund ihrer Nachtsichtfunktion und der automatischen Tag/Nachtschaltung ist die Kamera auch für den Wintereinsatz in Kommunen und der Bauwirtschaft geeignet. „Im Gerät sind 10 Hochleistungs-Spezialdioden mit einem Durchmesser von jeweils 8 mm verbaut. Diese gewährleisten eine hellere und gleichmäßigere Ausleuchtung im Vergleich zu den standardmäßig eingesetzten 5-mm-Dioden“, erklärt Jurtz. Durch einen Reflektor in den Dioden, der Rotlicht zurückwirft, kann ein besonders großer Erfassungswinkel von 144 Grad abgedeckt und eine flächige Ausleuchtung erreicht werden. Die Kamera kann individuell nach hinten und - zur Erfassung des toten Winkels - ebenfalls nach unten ausgerichtet werden. „Im Mittel wird so ein Minimum von 15 m hinter dem Fahrzeug gut ausgeleuchtet“, so Jurtz. Die Kamera kann zudem als digitaler Rückspiegel verwendet werden und liefert durch den eingesetzten digitalen ¼ Zoll Sony CCD-Sensor scharfe, kontrastreiche Bilder.

Da das Gerät sowohl den Normen DIN EN 60529 und ISO 20653 entspricht, als auch darüber hinaus schwierigen Umweltbedingungen gegenüber sehr widerstandsfähig ist, eignet es sich nicht nur für Straßen- und Baufahrzeuge sowie Landmaschinen, sondern auch für extreme Einsatzgebiete wie im Katastrophenschutz oder in der Wehrtechnik. □

Napa Valley, Kalifornien?

Juliusspital, Würzburg!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

TV BAYERN
LIVE

Der Unimog auf Wintertour:

Flexibel und zuverlässig über das ganze Jahr

**Vorführung von 20 Fahrzeugen und Gerätekombinationen an zwölf Standorten
Effektiver Einsatz in Winterdienst, Grünpflege und Reinigung**

Inzell / Wörth - Worauf es bei einem effektiven Winterdienst und überhaupt beim Einsatz von Kommunaltechnik ankommt, erleben vor kurzem am praktischen Beispiel des Mercedes-Benz Unimog zahlreiche Vertreter von Behörden und privaten Dienstleistern: Eine Flotte von 20 Unimog mit speziellen Gerätekombinationen demonstrierten im Rahmen der „Wintertour 2012“ an zwölf Standorten in der ganzen Bundesrepublik vor insgesamt mehreren tausend Besuchern Räum- und Streueinsätze, Arbeiten am Straßenbegleitgrün und das Reinigen von Straßen und Plätzen.

Die Unimog Geräteträger der Baureihe U300/U400/U500 sowie der kleinere U 20 sind auf Ganzjahreseinsatz eingerichtet. Dazu steht eine Vielzahl hoch entwickelter Geräte zur Verfügung, entwickelt und gefertigt von spezialisierten Maschinenbaubetrieben. Mit den Stationen Schellerhau, Wittenburg und Bad Fallingbommel ging die „Wintertour“

2012 jetzt zu Ende. Die Besucherstärkste Veranstaltung mit rund 1.200 Gästen fand Ende Februar im bayerischen Inzell statt.

**Hoher Werterhalt,
geringe Betriebskosten**

Bei der Veranstaltungsreihe geht es auch um wirtschaftlichen Einsatz von Fahrzeug und Geräten, um den hohen Werterhalt eines Unimog und seine vergleichsweise geringen Betriebskosten sowie um den umfassenden Service und die attraktiven Finanzierungsmöglichkeiten.

**Unimog U300/U400/U500:
Die professionellen
Geräteträger**

Die Baureihe der Geräteträger U300/U400/U500 ist geradezu ein Synonym für das Kommunalfahrzeug schlechthin. Antriebsstrang, Geräteantrieb über Fahrzeughydraulik und Zapfwelle und nicht zuletzt Besonderheiten wie die Wechsellenkung namens Variopilot (Lenkrad und Pedalerie lassen sich vom Fahrer- auf den Beifahrerplatz verschieben) sind exakt auf die Vielfalt kommunaler Arbeiten abgestimmt.

Die Motoren stellen 110 kW (150 PS), 130 kW (177 PS) sowie 175 kW (238 PS) und 210 kW (286 PS) zur Verfügung, das Wendegetriebe hat acht Gänge in jede Fahrtrichtung und in Sonderausstattung noch weitere Arbeitsgänge und acht Kriechgänge.

der U400 über eine nach drei Seiten kippbare Stahl-Ladepritsche. Auf ihr lassen sich Pflanzen zur Aufforstung, Zäune und Holz ebenso sicher transportieren wie Werkzeuge und Baumaterial für Hochsitze oder Instandhaltungsarbeiten, die am exakt 418 km langen Wegenetz und an den kommunalen Erholungseinrichtungen ständig anfallen.

**Spezialgeräte
für das ganze Jahr**

Zur Pflege von Banketten, Böschungen und Wiesen in den wärmeren Jahreszeiten umfasst das Unimog-seitige Ausstattungspaket einen Fahrhydrostat und eine tirecontrol-Reifendruckregelanlage. Dazu kommt ein Mulag-Mäh- und Mulchgerät mit einem 7 Meter langen Ausleger, für den selbst hohe Böschungen kein Problem darstellen.

Im Winter erfolgt die Räumung der Waldwege mit einem Schmidt Vario-Schneepflug bis in höchste Lagen, um die Holzabfuhr im Frühjahr sicherzustellen. In der Keilpflugstellung ist dieses Gerät für die zuverlässige Räumung von Schneedecken bis zu einem Meter Höhe einsetzbar.

Zusatzrüstung

Damit die Flexibilität des U400 im Winterdienst noch weiter erhöht wird, setzt das Baden-Badener Forstamt einen starken Doppelschnecken-Streutautomaten mit Feuchtsalz-Zusatzrüstung ein. „Wenn das öffentliche Straßennetz im Schnee versinkt, stehen wir mit dieser Zusatzrüstung natürlich auch für Räumeeinsätze im Stadtgebiet von Baden-Baden zur Verfügung“, betont Bihlmeier. □



Henne-Unimog aus Heimstetten war für die Roadshow in Inzell die ausrichtende Generalvertretung. Rainer Partelly, Verkaufsleiter von Henne-Unimog, war begeistert vom unglaublichen Zulauf. Er sprach von „bestimmt 1.300 Besuchern, die unserer Einladung gefolgt sind“. Unser Bild zeigt den Unimog in Aktion: wirtschaftlich, flexibel, sparsam und vor allem sicher - im Winter wie im Sommer.

Foto: CH

Städtisches Forstamt Baden-Baden:

Erstmals U400-Kombination mit Profi-Forstausrüstung

**Mähen, Mulchen, Holzrücken und Winterdienst:
Investition in leistungsstarke Zusatzgeräte**

Stuttgart/Baden-Baden – Die Unterhaltungsarbeiten im größten deutschen Kommunalwald stellen das Städtische Forstamt Baden-Baden vor enorme Herausforderungen: Im Sommer wie im Winter ist der größte kommunale Forstbetrieb Deutschlands zuständig für die Forst-, Landschafts- und Gehölzpflege, die Unterhaltung des über 400 km langen Wegenetzes und die Instandhaltung der kommunalen Erholungseinrichtungen im Wald, aber auch für die Pflege und Verjüngung der städtischen Streuobstwiesen.

Das vielfältige Aufgabenspektrum verlangt höchste Flexibilität und den Einsatz leistungsfähiger Geräte. Mit der Neuanschaffung eines Unimog U400 in professioneller Forstausrüstung hat sich das Städtische Forstamt für eine echte Premiere entschieden, die bereits bundesweit bei zahlreichen weiteren Forstbetrieben auf reges Interesse stößt.

**Maßgeschneiderte
An- und Aufbaugeräte**

Es ist bereits der sechste Unimog seit Mitte der 1950er Jahre im forstamtlichen Betriebsfuhrpark der badischen Metropole. Jedoch ist es das erste Mal, dass ein Unimog des Typs U400 mit einer vollwertigen Forstausrüstung inklusive umfassender Schutzeinrichtungen eingesetzt wird. Zur Erfüllung des breit gefächerten Anforderungsprofils ist das Allradfahrzeug bestens vorbereitet durch maßgeschneiderte An- und Aufbaugeräte.

Echtes Unikat

Dazu gehören ein Vario-Schneepflug mit hydraulischer Hebe- und Senkeinrichtung, ein Streutautomat mit Feuchtsalz-Ausrüstung und ein Auslege-Mulchgerät. Diese Zusatzgeräte machen den Unimog U400 zu einem echten Unikat mit Multitaskingfähigkeit für den Allround-Einsatz im Forst-, Wiesen- und Wegenetz des Städtischen Forstamts.

Handliche Flexibilität

Die Aufgaben des neuen Unimog, der von der Unimog-Generalvertretung Berendsen in Karlsruhe verkauft wurde, verteilen sich über das ganze Jahr – bei minimalen Stand- und Umrüstzeiten. Zum Mähen, Mulchen, Holzrücken und Winterdienst sind schnelle Gerätewechsel unbedingt erforderlich. Schließlich geht es um die effiziente Pflege eines 8500 Hektar großen Areals mit unterschiedlichster Topografie und Bodenbeschaffenheit, zu dem auch drei Wildgehege zählen.

„Auf 7500 Hektar Stadt- und zusätzlich 1000 Hektar Staats-

wald ist unser neuer Unimog schnell, wendig, traktionsstark und umwelt-freundlich unterwegs“, sagt August Bihlmeier, Leiter des Betriebshofs des Städtischen Forstamts. „Im Geräteeinsatz ist das Allrad-Arbeitswunder unübertroffen durch sein kurzes Fahrerhaus, die uneingeschränkte Rundumsicht, den hohen Sicherheitsstandard und die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten im Forstbetrieb.“

**Innovatives Kraftpaket
im Forst**

Baumschneiden und Holzrücken, auch in höheren Lagen und an Berghängen, zählt in Baden-Baden zum täglichen Unimog-Pflichtprogramm. Der U400 ist bei Gehölzpflegemaßnahmen und Windwurfaufbereitung von Wegen und Straßen nach einem Sturm ebenso gefordert wie beim Offenhalten von Wiesentälern und Wasserläufen oder der Pflege von Streuobstwiesen. Diese Jobs meistert er mit Bergstütze, Überrollbügel, Astabweiser, Ventil-schützern an den Felgen, Abschirmgittern rundum zum Schutz der beheizbaren Scheiben sowie einer Doppel-Trommelseilwinde mit Forst-Funkfernsteuerung. Getriebe, Tank und alle anderen Aggregate sind durch Stahlplatten vor Beschädigungen geschützt.

Sicheres Vorankommen

Der Euro 5-Dieselmotor OM 906 LA leistet 175 kW (238 PS). Dazu gesellen sich Portalachsen für große Bodenfreiheit und Böschungswinkel, ein tiefer Schwerpunkt und viele Extras mehr. Selbst in den extremsten Hanglagen der vom Forstbetrieb betreuten Wald- und Wiesenflächen kommt der Unimog sicher voran. „Auf der Winde haben wir jeweils 6 Tonnen Zugkraft und eine Seillänge von 120 Metern; damit können wir den Unimog nicht nur beim Holzrücken oder bei der Gehölzpflege an Baumstämmen sichern, sondern darüber hinaus sogar feststeckende Langholztransporter freiziehen“, freut sich Bihlmeier.

Für die regelmäßig anfallenden Materialtransporte verfügt

Nebenabtriebe für die ganze Vielfalt an Geräten.

**U4000/U5000:
Überragende
Geländegängigkeit**

Für schwierige Einsätze abseits aller Straßen und Wege stehen die Typen U4000 und U5000. Dank ihrer überragenden Geländegängigkeit finden sie bei der Feuerwehr und im Katastrophenschutz, aber auch für anspruchsvolle Transport-

aufgaben Verwendung. Die Motoren leisten 130 kW (177 PS) und 160 kW (218 PS).

Mehr als 380.000 Einheiten

Vom „Universal-Motor-Gerät“ (Unimog) wurden seit 1951 mehr als 380.000 Einheiten gebaut, darunter über 10.000 Exemplare der im Jahr 2000 eingeführten der Baureihe U300/U400/U500. Bis 2002 kamen die Unimog aus dem Werk Gaggenau, seitdem entstehen sie im Lkw-Werk Wörth. □

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.

Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe – auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland:

Mit dem Rücken an der Wand

„Standortgemeinden sind Spielbälle einer populistischen Energiepolitik“

Am 11. März jährte sich der Tag, an dem Japan von einer Dreifach-Katastrophe ungeheuren Ausmaßes heimgesucht wurde. Das verheerende Erd- und Seebeben forderte mehr als 20.000 Opfer, machte in nordöstlichen Teil des Inselstaates zahlreiche Landstriche dem Erdboden gleich und zigtausende Bewohner heimatlos. Die ganze Welt nahm Anteil, in Deutschland vor allem wegen der Havarie des Kernkraftwerkes Fukushima, die durch den Jahrhundert-Tsunami ausgelöst worden war.

Mehr als alles andere haben die Bilder der qualmenden Blöcke die deutsche Öffentlichkeit erschüttert mit der Folge, dass innerhalb weniger Wochen die deutsche Energiepolitik gravierend verändert wurde.

Obwohl nach menschlichem Ermessen niemals eine 20 Meter hohe Flutwelle unsere Binnengewässer hinaufrollen wird, wurden acht an den Flüssen Rhein, Neckar, Isar, Weser und Elbe liegende Kernkraftwerke trotz bestätigter Sicherheit praktisch sofort abgeschaltet, die Laufzeiten der restlichen neun KKW entgegen der erst im Januar 2011 neu festgelegten Fristen drastisch verkürzt sowie eine „ergebnisoffene“ Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle verkündet.

Nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland (ASKETA) haben diese unter dem Eindruck von Fukushima getroffenen Entscheidungen weitreichende Konsequenzen für die betroffenen Gemeinden mit kerntechnischen Anlagen. Wie die ASKETA bei ihrer Jahrestagung in Grafenrheinfeld unter dem Vorsitz von Wolfgang Mayer, 1. Bürgermeister von Gundremmingen, erläuterte, gehen an jedem der

Kraftwerkstandorte pro Kraftwerksblock sukzessive hunderte von direkten und indirekten Arbeitsplätzen verloren; nach Abschluss des Rückbaus oder beim sog. sicheren Einschluss werden insgesamt viele tausend hoch qualifizierte Arbeitsplätze viel früher als sicherheitstechnisch erforderlich abgewickelt sein.

Neben dem sozialen Kahlschlag sei damit ein immenser Verlust an Kaufkraft, Wertschöpfung und Steuereinnahmen verbunden, der von keiner Gemeinde aufzufangen und deutschlandweit mit mehreren Milliarden Euro zu beziffern ist.

Lagerung radioaktiver Abfälle

Eine ganz andere Dimension als der reale Verlust von energetischer Versorgungssicherheit, hochwertigen, nicht subventionierten Arbeitsplätzen und sozialer Absicherung habe im betroffenen orientierten Deutschland die Lagerung radioaktiver Abfälle. Dieses unwürdige Hickhack um die Endlagerung des „Atommülls“ wird laut ASKETA nicht erst seit heute hauptsächlich auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen. Der Beschluss, das seit Jahrzehnten immer „kurz vor dem Erkundungsende stehen-

de“ Gorleben praktisch aufzugeben und „demnächst“ eine „ergebnisoffene Suche“ nach einer neuen Endlagerstätte zu beginnen, sei ein weiterer Schlag für die Gemeinden, der nicht hingenommen werden könne.

Zur Erinnerung: Dem politischen Ausstiegsstreben geschuldet, durften ab dem Jahr 2000 abgebrannte Brennelemente nicht mehr in die dafür extra gebauten Bundes-Zwischenlager Gorleben und Ahaus transportiert werden. Die Kraftwerksbetreiber waren gleichzeitig verpflichtet worden, an den Kraftwerksstandorten Zwi-

schlenlager zu bauen, die mit einer Laufzeit von 40 Jahren ausgestattet worden sind. Die Befürchtungen in den Gemeinden, diese Zwischenlager könnten zu faktischen Endlagern werden, wurden vor wenigen Jahren geradezu weggewischt.

Berechtigte Sorge

Dass diese Sorge berechtigt war, zeigt sich nach Auffassung von ASKETA jetzt überdeutlich: Der verordnete „Aus- und Umbau“ der Standortzwischenlager hat nach Einschätzung der Standortbürgermeister wenig mit Terror-, aber viel mit Strahlenschutz zu tun, was auf stärkere Beanspruchung und längere Betriebsdauer hindeute. Mit der „ergebnisoffenen Suche“ werde das Endlagerthema von einer durchgängig entscheidungsun-

willigen Politik auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Ähnliches befürchten die Standortbürgermeister beim genehmigten Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle Konrad. Nicht nachvollziehbar ist für die Bürgermeister, dass für Konrad kein Zeitplan für den Beginn der Einlagerung existiert, wie dem Internet des Bundesamtes für Strahlenschutz zu entnehmen ist. Damit seien die Gemeinden, die lange über die Kraftwerks- und Rückbauzeit hinaus ein atomares Zwischenlager auf ihrer Gemarkung haben, auf Jahrzehnte in ihrer Entwicklung blockiert.

Geradezu unfassbar mure an, was im Zuge der politischen Beerdigung von Gorleben in sog. Fachkreisen hinter fest verschlossenen Türen derzeit noch diskutiert wird:

100 Jahre Stadt Starnberg:

Vielseitiges Jubiläumsjahr

Vor 100 Jahren wurde Starnberg zur Stadt erhoben. Am 1. Januar 1912 erließ Prinzregent Luitpold ein entsprechendes Dekret und setzte damit einen bedeutenden Markstein in der Ortsgeschichte.

„Auch wenn wir spätestens seit der Entdeckung der Villa Rustica wissen, dass die Besiedlung der Gegend schon Jahrtausende früher begann, waren die vergangenen 100 Jahre doch äußerst prägend für Starnberg. In diesem Zeitraum wurden entscheidende Schritte in der Stadtentwicklung gemacht und das Gesicht Starnbergs geformt, wie wir es heute kennen und lieben“, betont Erster Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger. Das Stadtjubiläum sei daher ein gebührender Anlass, um zusammen zu feiern und das kulturelle Spektrum Starnbergs in seiner ganzen Breite zu präsentieren.

Pfaffinger zufolge haben sich beim gemeinsamen Entstehungsprozess des Jubiläumsprogramms die Starnberger Vereine, Künstlergruppen, Privatinitiativen und Institutionen wie Schulen, Kindergärten, das Museum Starnberger See und die Städtische Musikschule Starnberg wieder einmal als „verlässliche und kreative Partner“ erwiesen.

Neujahrskonzert als Auftakt

Den Auftakt im Festjahr machten bereits das Neujahrskonzert und die Starnberger Redoute in der Schlossberghalle. Dieser Ball wie anno dazumal wurde als festliche Reise in die Zeit der Stadterhebung gestaltet.

Vor kurzem nun wurde das Jubiläum in Form eines Festakts mit rund 400 Gästen, darunter Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Landrat Karl Roth sowie Bundestags- und Landtagsabgeordneten, aktuellen und ehemaligen Stadträten, Ehrenbürgern und Trägern der Bürgermedaille, begangen.

Selbstverständnis

Wie Innenminister Herrmann hervorhob, „muss man die Feste feiern, wie sie fallen“. Auch dies zeuge vom „Selbstbewusstsein der Starnberger“. Dass zum speziellen Starnberger Selbstverständnis viele Faktoren beigetragen haben, verdeutlichte Rathauschef Pfaffinger in seiner Eröffnungsrede. So führte beispielsweise der Bae-decker-Reiseführer Starnberg bereits 1904 als weltbekannten Badeort mit einer „aufs luxuriöseste eingerichteten Schwimmschule“, in der sogar Damen Schwimunterricht erhielten. Die Kehrseite der Medaille: Die Preise waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts enorm hoch, die Einwohnerzahl stieg rasant und mit ihr auch die Zahl der Bausünden und der Verkehr. Dennoch ist Starnberg laut Pfaffinger eine „reizvolle und liebenswürdige Kleinstadt“.

Das Stadtoberhaupt forderte die

Verantwortlichen dazu auf, die Seeanbindung endlich voranzubringen. Innenminister Herrmann verstand die Botschaft und sicherte den Festgästen in Sachen B-2-Tunnel seine Unterstützung zu: „Wir müssen alles dafür tun, dass Gelder locker gemacht werden“, sagte Herrmann.

Die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag der Stadt Starnberg erreichen mit dem Bürgerfest vom 15. bis 17. Juni, dem Schlossfest vom 16. bis 18. Juli und dem Seefest vom 20. bis 29. Juli gleich drei mehrtägige, fulminante Höhepunkte.

Bürgerfest

Das Bürgerfest beginnt mit der „Nacht des weißen Tischtuchs“. Einen Aperitif mit den „Freunden von Dinard“ sowie den Einakter „Mir san d'accord“ gibt es im Foyer der Schlossberghalle. Die Bühne für den restlichen Abend sind die Straßen der Innenstadt. Es soll eine große – weiß gedeckte – Tafel durch die ganze Innenstadt entstehen, an der die Starnbergerinnen und Starnberger miteinander essen und feiern können. Die „About Dance Academy & Company“ lässt mit einer musikalischen Tanz-Show an verschiedenen Plätzen die einzelnen Epochen der letzten 100 Jahre wiederaufleben.

Am zweiten Tag des Bürgerfests wird rund um die große Büh-

ne am Kirchplatz weiter gefeiert. Konzerte, Kinderzirkus und viele andere Veranstaltungen sorgen für gute Stimmung. Der Höhepunkt des Festes erwartet die Besucher am Abend. Die Bayerische Philharmonie lässt Beethovens 9. Sinfonie in d-Moll weit über den Kirchplatz hinaus erschallen. Einen krönenden Abschluss findet der Abend mit einem spektakulären Feuerwerk.

Historischer Festzug

Viel zu sehen und zu hören gibt es auch am Tag 3 beim historischen Festzug durch die Stadt. Zahlreiche Mitwirkende in historischen Kostümen, aufwändig gestaltete Festwagen und rollende Zeitdokumente wie Oldtimer verschiedener Epochen entführen die Besucher auf einen sehenswerten Streifzug durch die vergangenen Jahrzehnte. Thema des Festzugs sind aber auch kulturelle Höhepunkte der jüngsten Vergangenheit.

Seebühne

Zum 100-jährigen Geburtstag der Stadt Starnberg geht auch ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung: Im städtischen Strandbad (Wasserpark) wird eine große Seebühne mit einem Zuschauerareal für rund 1.500 Besucher errichtet. Vor der spektakulären Kulisse des Starnberger Sees und der Alpenkette findet sodann ein hochkarätiges Konzertprogramm für jeden Geschmack statt.

DK

KPV der CSU im Nürnberger Land:

Dialog mit Betrieben vor Ort

CSU-Kommunalpolitiker besuchten Backhaus Fuchs in Altdorf

Das Backhaus Fuchs, ein mittelständischer Handwerksbetrieb in Altdorf, war Ziel der Betriebsbesichtigung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im Nürnberger Land. „Nach überregionalen negativen Pressemeldungen über Großbäckereien war es der KPV ein Anliegen, bewusst einen Vorzeigebetrieb im Landkreis Nürnberger Land zu besuchen“, so KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl.

Bei der Führung durch die Produktionsstätte in der Neumarkter Straße in Altdorf durch Bäckereichef Michael Fuchs und den Seniorchef Konrad Fuchs konnte sie neben den Vorstandsmitgliedern auch den Altdorfer CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernd Eckstein sowie Stadtrat Thomas Kramer begrüßen.

Bewusste Konzentration

Das Unternehmen wurde im Jahr 1964 von Konrad und Karola Fuchs gegründet und im Jahr 2009 an die „zweite Generation“, Michael Fuchs und Elisabeth Reif, übergeben. Im Oktober 2012 wird der sechste Laden eröffnet, diesmal in Feucht. Eine weitere Expansion sei derzeit nicht geplant. „Wir konzentrieren uns bewusst auf Altdorf und Um-

gebung“, so Bäcker- und Konditormeister Michael Fuchs.

Nach Besichtigung des Lagers konnten sich die Besucher über die Produktionsabläufe in der Bäckerei, zu der neben dem Haupthaus noch vier weitere Filialen zählen, informieren. „Bei uns wird viel Wert auf hervorragende Qualität der Zutaten gelegt. Nur so erreicht man ein optimales Produkt“, so Michael Fuchs, der auch betonte, dass im Betrieb bewusst viele Rohstoffe aus der Region verwendet werden.

Natürlich durfte nach den Informationen über die Produktion der Backwaren eine Verkostung nicht fehlen und so konnten sich die anwesenden Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte im Anschluss selbst von der Qualität und dem guten Geschmack der Produkte überzeugen.

Um die Bundeszwischenlager Gorleben und Ahaus zu räumen, sollen die dort eingelagerten Castor-Behälter an die jeweiligen Herkunftsorte „zurückgebracht werden“. Damit werde ein noch nie dagewesener Widerstand quer durch und faktisch in ganz Deutschland nicht nur in Kauf genommen, sondern geradezu mobilisiert. Ein treffenderes Beispiel für die Tatsache, dass die kerntechnischen Standortgemeinden zu Spielbällen einer populistischen Energiepolitik degradiert sind, gebe es nicht.

Die verqueren Überlegungen in den „Experten-Zirkeln“ sind nach Überzeugung von ASKETA ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit, den Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen Sitz und Stimme in jedem Gremium zuzubilligen, das sich ernsthaft mit der Lagerung von strahlendem Abfall befasst. „Diese Beispiele zeigen: Mit dem Auslaufen der deutschen Kernenergie, die zweifelsfrei einen herausragenden Beitrag in punkto Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit geleistet hat, mehrten sich die Probleme an den verbliebenen kerntechnischen Standorten.“ Das ist die ernüchternde Bilanz, die die Bürgermeister der deutschen Standortgemeinden bei ihrer Jahrestagung in Grafenrheinfeld zu ziehen hatten.

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V.l.: KPV-Vorsitzender Alois Rainer, Stellvertreter Josef Scharf, Stellvertreterin Roswitha Nöbauer, Stellvertreter Alois Wenig, Mdl Gertraud Goderbauer sowie Kultustatssekretär Mdl Bernd Sibler. □

KPV-Bezirksversammlung in Plattling:

Vorsitzender Rainer einstimmig wiedergewählt

Im Rahmen der KPV-Bezirksversammlung in Plattling fanden die Neuwahlen der Vorstandschaft statt. Bezirksvorsitzender Bürgermeister Alois Rainer konnte hierzu insbesondere Kultustatssekretär Mdl Bernd Sibler willkommen heißen, der den Bezirksvorsitzenden der CSU, MdEP Manfred Weber, vertrat.

In seinem Arbeitsbericht betonte Rainer, dass die KPV innerhalb der CSU eine anerkannte und geschätzte Arbeitsgemeinschaft ist. Die jährlichen Besprechungen auf Bezirksverbandsebene seien sehr fruchtbar.

Rainer berichtete von diversen Bezirksvorstandssitzungen, die in verschiedenen Orten verteilt in ganz Niederbayern abgehalten wurden. Themen waren hier u. a. die Organisation der Mittelschulen, die geplante Europaregion, der Bezirkshaushalt, das Energiekonzept, der Kommunale Finanzausgleich und der Digitalfunk.

Die in Plattling abgehaltene Bürgermeisterkonferenz im Jahr 2011, bei der sich viele überregionale Mandatsträger den Fragen stellten, sei eine hervorragende Veranstaltung gewesen, so der Bezirksvorsitzende. Er bedankte sich bei den Landes- und Bundesdele-

gierten aus Niederbayern für die Teilnahme an der Landesversammlung im Münchner Flughafen und der Bundesversammlung in Weimar.

Schuldenfreies Bayern

Staatssekretär Bernd Sibler sprach in seinem Grußwort den Länderfinanzausgleich und den Kommunalen Finanzausgleich in Bayern an. Sibler gab seiner Freude über die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen Ausdruck. Er stellte fest, dass das Ziel „Bayern ohne Schulden 2030“ zwar groß, aber machbar sei.

Nach der Wahl des Bezirksvorstandes plädierte der wiedergewählte Vorsitzende für ein offenes Miteinander und bedankte sich bei seinen Bezirksvorstandskollegen und allen Anwesenden für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit. □

ideenReich Businessplan-Wettbewerb Südostbayern:

Beste Geschäftskonzepte

Innovative Geschäftsideen in der Region zu fördern, lautet das Ziel des ideenReich Businessplan-Wettbewerbs Südostbayern unter Projektleitung der Hochschule Landshut. Die besten Geschäftskonzepte der mittlerweile fünften Wettbewerbssaison wurden nunmehr in Eggenfelden prämiert, drei innovative Ideen aus dem Clean-Tech-Umfeld trugen den Sieg davon: Die ersten beiden Plätze belegten mit BeeOtech, MicroPyros GmbH i. G. zwei Geschäftskonzepte aus dem Landkreis Straubing, auf Rang drei landete mit Reinhard Langlechner RELA GmbH (Landkreis Altötting) ein Absolvent der Hochschule Landshut.

Das BeeOtech-Team hat ein neues patentiertes Verfahren entwickelt, mit dem Enzyme in kürzester Zeit effizient und kostengünstig auf die Anforderungen von Auftraggebern angepasst werden können. Dadurch können chemische Prozesse ersetzt werden, wie beispielsweise bei der Produktion von Vitamin C oder bei der Herstellung von Waschmitteln. Abgerundet wird das Angebot durch ein eigenes Portfolio an optimierten Enzymen im Bereich der weißen Biotechnologie. Im Augenblick wird das Verfahren noch evaluiert, spätestens Anfang nächsten Jahres will man die ersten Kunden gewonnen haben.

Die MicroPyros GmbH i. G. wiederum entwickelt mikrobiologische Verfahren zur Umwandlung von Kohlendioxid und er-

neuerbarem Wasserstoff in den Energiespeicher Methan. Mit dem Erdgasnetz besteht für Methan eine ideale Speicher- und Verteilungsinfrastruktur. Das erste angestrebte Produkt, der „Biogas-Booster“, dient der Effizienzsteigerung von Biogasanlagen (Repowering). In weiteren Entwicklungsstufen kann die Technologie auch an Anlagen, die CO₂ emittieren (z. B. Gaskraftwerke) eingesetzt werden. Bereits im Repowering von Biogasanlagen können hohe Gewinne erwirtschaftet werden.

Höhere Effektivität

Mit Reinhard Langlechner aus dem Landkreis Altötting freut sich ein Absolvent der Hochschule Landshut mit seiner RELA GmbH über den dritten Platz. Auch er er-

höht mit seiner Idee die Effektivität von Biogasanlagen. Dies mit einer Abgaswärmenachverstromung mit neuartigem Konzept: Seine Abgaswärmenutzungsanlage basiert auf einem Dampfkreislauf, über den zusätzlicher Strom gewonnen werden kann. Der Ertrag der Biogasanlage wird erhöht, wobei keine Investitionen sowie zusätzliche Risiken für den Betreiber entstehen.

Neue Geschäftsideen seien wichtig für die Region, oft sei schnelles Handeln erforderlich, um diese umzusetzen, erläuterte Eggenfeldens Erster Bürgermeister Werner Schießl in seiner Begrüßung. Eine wertvolle Hilfestellung hierzu biete der ideenReich Businessplanwettbewerb Südostbayern.

Wichtige Ansprechpartner

Für Rottal-Inns Landrat Michael Fahmüller ist es wichtig, „die jungen Ideengeber, die Wachstumstreiber von Morgen, in der Region zu halten.“ ideenReich helfe den jungen Gründern, sich etwas zu trauen, sich auf den Weg zu machen und von den Ratschlägen und auch Fehlern anderer zu lernen. Beide betonten die Bedeutung der Anbindung an die Hochschulen für die Innovationskraft der Region und gerade für mittelständische Unternehmen. Hier Ansprechpartner zu haben, die offen seien, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, wie es die Hochschule Landshut auch mit der Projektleitung im BPW zeige, sei besonders wertvoll.

Harald Wagner, ideenReich-Projektleiter und Leiter des IDEE-Gründerzentrums der Hochschule Landshut freute sich über einen neuen Teilnahmerecord: Die Zahl der eingereichten Konzepte stieg von 19 im Vorjahr auf 26 in dieser Wettbewerbssaison, die der Teilnehmer an den Workshops von rund 50 auf über 80. Dabei erstreckte sich die ideenReich Region über alle niederbayerischen Landkreise sowie Altötting und Mühldorf am Inn.

Organisation

Der Wettbewerb wird von der Hochschule Landshut und der evobis GmbH (Ausrichter des Münchener Businessplans Wettbewerb) in Kooperation mit den kommunalen Partnern, der Hochschule Deggendorf, der Universität Passau, den Industrie- und Handelskammern für Niederbayern/Oberpfalz und für München/Oberbayern und den Handwerkskammern für Niederbayern/Oberpfalz und für München/Oberbayern durchgeführt. **Do.**

Landkreis Fürstentfeldbruck:

Infotreff der Wirtschaftsförderung

Mehr als 130 Unternehmer aus dem Landkreis Fürstentfeldbruck fanden den Weg in das Veranstaltungsforum im Kloster Fürstentfeld. Anlass war der Unternehmerinfotreff der Wirtschaftsförderung des Landkreises, bei dem der Gerichteitsforscher und Rechtsanwalt Markus Schollmeyer aus München über die Kunst, wie man das Richtige zur richtigen Zeit selbstbewusst tut, referierte.

Auf Basis von wissenschaftlich fundierten Forschungsergebnissen zeigte Schollmeyer, der in Olching aufwuchs, wie man sich unbewusst Emotionen und Verhaltensweisen bewusst wird. Auch die Umsetzung, wie damit Konflikte vermieden und diese Erkenntnisse für den beruflichen Erfolg genutzt werden können, waren weitere Themenbereiche des kurzweiligen Vortrages. □

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Vergesst die Jugend, vergesst das Alter! Die wahren Best-Agers sind die Middle-Agers. Ich weiß das seit zehn Jahren, aber jetzt ist es wissenschaftlich erwiesen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, grinste mit seinen Anfang Fünfzig so spitzbübsch wie ein Lausejunge, der einen gelungenen Streich genießt.

Auslöser der Freude war ein Zeitungsinterview mit einem britischen Evolutionsbiologen, der die Männer und Frauen zwischen 40 und 60 zur Krone der Evolution erklärt, zum Meisterstück der Natur. Sie haben die Angehörigen der Gattung Mensch zu den überlegenen Erdbewohnern gemacht, die sie sind. Weg mit dem überholten Bild von den 18- bis 28-Jährigen als der Hochleistungsgeneration, unsinnig! Die Vorstellung, danach trete körperlicher und geistiger Verfall ein. Überholt die Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters, die kulturell bedingt erklärbar, aber na-

zwischen der strahlenden Jugend und dem ehrwürdigen Alter einfach da sind, Leistung bringen, Innovationen vorantreiben und den Laden am Laufen halten ohne die geringste Beachtung zu finden. Jedoch die Früchte dieser Anstrengungen sind großzügig mit Jung und Alt zu teilen, so in Form von bestrittenen Lebensunterhalten für die eigenen Kinder, dazu astronomische Steuersätze zugunsten von Leistungen für fremde Kinder und natürlich die Rentenbeiträge.

Warum nun sind die Ü-40er – streng wissenschaftlich – die Träger des Fortschritts und der Entwicklung? Kurz und laienhaft gesagt: Weil unsere Welt so kompliziert ist. Der Mensch braucht sehr lange zum Erwachsen werden und zum Lernen, anschließend soll er sich reproduzieren (so sagen die Wissenschaftler zum Kinderkriegen) und erst dann hat er Zeit, sich auf die persönliche und berufliche Perfektion zu konzentrieren und seine ganzen Vorteile auszuspielen, vor allem die Fähigkeit komplex und vernetzt zu denken.

Vielleicht muss an diesem Gedankenmodell noch ein bisschen gefeilt werden in einer Welt, in der immer mehr Frauen mit knapp 40 Mutter werden und grauhaarige Männer mit Säugling nicht zwangsläufig die Opa der Kinder sind. Überhaupt sind die Leute hierzulande so fit – jedenfalls mental –, dass 50 das neue 30 ist. Schließlich quellen die Fitness-Studios über von Middle-Agern und man findet heute in den Kleiderschränken von Vätern und Söhnen die gleichen Turnschuhe oder T-Shirts und die Jeans unterscheiden sich nur in der Bundweite.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ja auch so einer, der eher als 40er, denn als 50er durchgehen würde. So schieben sich halt die Middle-Ages ein Stück weit in die 60er hinein – und wenn sich das evolutionsbiologisch nicht beweisen lässt, muss halt der Augenschein genügen. Damit aber mein Chef nicht zu übermütig wird, lege ich ihm ein Kalenderblatt mit einer Einsicht von Erich Kästner hin: „Die guten Zeiten haben alle einen Fehler – sie gehen vorbei.“

the sabriul

Dreiländermesse in Passau:

Neuheiten im Gepäck

Ganze neun Tage lang war die Dreiländermesse in Passau-Kohlbruck heuer wieder ein herausragendes Beispiel für ein gelebtes Europa. 450 Aussteller aus Deutschland, Österreich und Tschechien präsentierten sich auf dem Messegelände. Schwerpunktthemen waren unter anderem Energie, Bauen und Wohnen, Gesundheit und Wellness sowie Kultur und Tourismus.

Die Messe hat sich als gemeinsame Plattform für die regionale und überregionale Wirtschaft sowie für die Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Behörden etabliert. Durch die konsequente Vernetzung der Nachbarregionen präsentiert sie sich nach den Worten von Wirtschaftsminister Martin Zeil, der die Messe eröffnete, als innovatives Schaufenster von Wirtschaft, Handwerk und Dienstleistungssektor. Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper nannte die Dreiländermesse einen „erfolgreichen Treffpunkt“.

„Region der Zukunft“

Stadt und Landkreis waren vor Ort und informierten über Elektromobilität, die Innenstadt und das City Marketing. Der Landkreis Passau bildete zusammen mit seinen regionalen Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft die „Region der Zukunft“ ab. Hierzu wurden unter anderem die Themen Energieeffizienz, Windkraft, Energie der Zukunft und Bauen im Passivhausstandard in Holzbauweise beleuchtet.

Präsentiert wurden Elektrofahrzeuge wie der BMW MINI E, ein Elektro-Kleintransporter und zwei KTM E-Bikes.

Außerdem wurde eine Kleinwindkraftanlage ausgestellt. Zur Messeeröffnung gab der Landkreis Passau den Startschuss für die neue Internetplattform „eZukunft“. Auf dieser Internetseite werden in einer interaktiven Karte alle Verleihstationen, Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge, E-Bike-Routen und komplette E-Bike-Urlaubsangebote dargestellt.

Elektroauto-Tests als Höhepunkt

Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, ein Blockheizkraftwerk, eine flugbereite Drohne mit Wärmebildkamera sowie eine fertige Hauswand in Holzbauweise im Passivhausstandard mit integrierten Fenstern rundeten das Programm für die „Region der Zukunft“ ab. Höhepunkt waren Elektroauto-Tests am Stand der Hochschule Deggendorf. Hierfür stand sogar ein Sportwagen zur Verfügung.

Gemeinschaftliche Präsentationen

Sowohl die Gemeinde Neureichenau als auch Huthurn und Büchlberg zeigten sich als Gemeinschaftspräsentationen mit spannenden Themen in je-

einer eigenen Halle. Oberösterreich wiederum war heuer mit einem geballten Angebot in der X-Point-Halle vertreten und der Bayerische Landtag kam bürgernah mit Abgeordneten auf die Messe.

Themenwelten

Zahlreiche Anbieter aus Reise und Touristik informierten über beliebte Destinationen und präsentierten attraktive Angebote. Nicht fehlen durften Anbieter aus dem Bereich Bauen, Wohnen und Haustechnik sowie Renovieren und Sanieren. Immer aktuell: das Thema Energie und Energiesparen. Viele Produkte, Anwendungen und Informationen bot die Themenwelt Medizin und Gesundheit. Auch für Home-Wellness fand der interessierte Besucher zahlreiche Angebote wie beispielsweise Schwimmbäder, Whirlpools und Saunas.

„Wissenschaft zum Mitmachen“

Einen Höhepunkt bildete die diesjährige Sonderschau „Wissenschaft zum Mitmachen“. Hier wurden sowohl den kleinen als auch den großen Besuchern 21 Exponate offeriert, bei denen man selbst Hand anlegen und experimentieren konnte. Physikalische Versuche und optische Täuschungen standen auf dem Programm und gaben wertvolle Einblicke in die Forscherwelt. **KI**

10 Jahre Museum im Kulturspeicher in Würzburg:

Doppelter Glücksfall

Am 22. Februar 2002 wurde das Museum im Kulturspeicher in Würzburg eröffnet. Mit einem großen Festakt feierten jüngst über 600 Gäste das zehnjährige Bestehen der Museums-Institution am Alten Hafen, die auf insgesamt rund 425.000 Besucher verweisen kann.

Das Museum präsentiert auf 3.500 qm Ausstellungsfläche im nördlichen Trakt die Städtische Sammlung mit Kunst vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart und im südlichen Trakt die „Sammlung Peter C. Ruppert. Konkrete Kunst in Europa nach 1945“ aus 22 verschiedenen Ländern. Sonderausstellungen auf 460 qm begleiten beide Sammlungen.

Großer Freundeskreis

Im Jahr 2005 erhielt das Museum den Bayerischen Museumspreis der Versicherungskammer Bayern. Der Freundeskreis des Museums zählt mittlerweile 800 Mitglieder und bereits 2006 verlieh die Stadt Würzburg die Kulturmedaille an die Volunteers des Museums, um die ehrenamtliche Arbeit von derzeit rund 140 Personen anzuerkennen, die bei Service- und Aufsichtsdiensten mithelfen. Auch durch diese logistische Unterstützung gelang es, das Vertrauen anderer großer Museen zu gewinnen. Leihgaben aus Häusern wie der National Gallery in Washington oder dem Centre Pompidou in Paris waren hier zu Gast. Für eine Impressionisten-Ausstellung reisten umgekehrt Leihgaben bis nach Houston in Texas.

Alleinstellungsmerkmal

Sowohl Oberbürgermeister Georg Rosenthal als auch Museumsleiterin Dr. Marlene Lauter erinnerten daran, dass mit den Würzburger Ehrenbürgern, dem Ehepaar Ruppert, und der großzügigen Anvertrauung der Sammlung „Konkrete Kunst in Europa nach 1945“ an dieses Haus das Großprojekt überhaupt erst denkbar wurde: „Diese Ausstellung ist ein Alleinstellungsmerkmal und schöner noch: sie ist eine ständig wachsende, lebendige Sammlung“, würdigte Rosenthal die ungebrochene Sammelleidenschaft des Ehepaars. Nutznießer sei stets deren „zweite Heimat Würzburg“. Wie der OB betonte, sei das damalige 20-Millionen-Bauwerk „aller Mühen wert“ gewesen. Er bedankte sich in diesem

Zusammenhang ausdrücklich für die Unterstützung durch den Stadtrat.

Wie der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Wolfgang Heubisch in seiner Festrede ausführte, unterscheide sich schon die äußere Hülle der Sammlung Peter C. Ruppert und der Städtischen Kunstsammlung wohlthuend von vielen zeitgenössischen Museumsbauten, die zudem oft nach 20 oder 30 Jahren von Grund auf sanierungsbedürftig seien.

Zeitgenössische Kunst

Seit seiner Eröffnung steht das Museum im Kulturspeicher laut Heubisch für die moderne und zeitgenössische Kunst. Es schließe damit in Würzburg den historischen Museums-Reigen bis in die Gegenwart. Das Museum, so Heubisch weiter, sei auch zum Zentrum für innovative Kulturvermittlung geworden. Allein die Museums-Pädagogik habe hier mehr als 60.000 Menschen erreicht – in Führungen und bei Workshops, im Rahmen von Ferienaktionen oder mit anderen kreativen Angeboten.

Suche nach dem Verbindenden

Das Museum im Kulturspeicher hat bis heute 58 Ausstellungsprojekte auf die Beine gestellt –, „eine großartige Leistung eines kleinen Museums-Teams“, wie der Minister konstatierte. Es suche das Verbindende und finde dabei Verbündete in vielen anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen – weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Heubisch erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ausstellung „Ausgerechnet – Mathematik und Konkrete Kunst“. Im Jahr 2007 habe sie zu einer sehr fruchtbaren Kooperation mit dem Lehrstuhl für Didaktik der Mathematik an der Universität Würzburg geführt. Beachtlich sei dabei die große Resonanz der Schau. Der Erfolg dieser fächerübergreifenden Projekte stärke weiter das Ansehen des Museums in der Region. **DK**

Bayerischer Qualitätspreis 2012:

Wirtschaftsfreundliches Gemeindetrio

Auszeichnung für Erlangen, Arnstorf und Oberhausen

Zum 15. Mal wurde in der Münchner Residenz der Bayerische Qualitätspreis u. a. an „wirtschaftsfreundliche Gemeinden“ verliehen. Ausgezeichnet wurden in diesem Jahr die Stadt Erlangen (Mittelfranken) sowie der Markt Arnstorf (Niederbayern) und die Gemeinde Oberhausen (Oberbayern). Bei einer Feierstunde überreichten Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel und Innenstaatssekretär Gerhard Eck den Preis in Form einer Glaspysramide. Am Wettbewerb hatten in diesem Jahr auf Vorschlag von bayerischen Wirtschaftsorganisationen und den Bezirksregierungen 14 Städte und Gemeinden teilgenommen.

Wie Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel in Vertretung von Minister Martin Zeil erläuterte, haben Bürgermeister und Vertreter der ausgezeichneten Kommunen Freiräume für die Unternehmen geschaffen. Sie seien „Chanceneröffner im wahrsten Sinn des Wortes“. Ihr hoher Qualitätsanspruch, ihre Beharrlichkeit und ihre Ausdauer verdienten besondere Anerkennung. Die hohe Lebensqualität in Bayern sei ganz entscheidend wirtschaftsfreundlichen Kommunen zu verdanken. „Dieses Bewusstsein will ich weiter stärken“, betonte Hessel.

Fortschritt und Innovation

Als Vertreter der wirtschaftsfreundlichen Gemeinde Erlangen nahmen der Referent für Wirtschaft und Finanzen Konrad Beugel und Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis einen der drei Preise entgegen. Laut Würdigung prägen die Förderung von Fortschritt und Innovation sowie die Etablierung eines investitionsfreundlichen Umfelds die kreisfreie Stadt. Die Friedrich-Alexander-Universität und eine Vielzahl an Niederlassungen der Siemens AG bestätigten dieses Bild. Als herausragende Initiativen seien das Innovations- und Gründerzentrum (IGZ) sowie das Innova-

tionszentrum Medizintechnik und Pharma zu nennen. Auch die langjährige Förderung neuer innovativer Technologien habe bereits 1998 dazu beigetragen, die Stadt Erlangen mit dem Bayerischen Qualitätspreis für „Wirtschaftsfreundliche Städte und Gemeinden“ auszuzeichnen. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung innerhalb der letzten Jahre habe den wirtschaftlichen Aufschwung vorangetrieben.

Neben den Bemühungen, ein exzellenter Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu bleiben, schaffte die Verwaltung mit großer Bürgernähe den Spagat, zugleich auch attraktiver Wohnort zu sein. Als Beispiel dient hier der konzentrierte Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wirtschaftsfreundlichkeit und Zukunftsfähigkeit seien tief verankert im Selbstverständnis der mittelfränkischen Stadt.

Ein weiterer Preisträger, der niederbayerische Markt Arnstorf, ist mit seinen rund 6.600 Einwohnern der zweitgrößte Industriestandort des Landkreises Rottal-Inn. Seine Stadtverwaltung zeichnet sich durch eine hohe Effizienz der Verwaltungsprozesse aus.

Zudem betreibt der Markt Arnstorf seit Jahren eine aktive Wirtschaftspolitik. Das Gewerbe-

zentrum des Marktes bietet jungen und kleinen Betrieben ein professionelles Erscheinungsbild zu einem wirtschaftlichen Preis. Regelmäßige Unternehmergespräche sorgen für einen institutionalisierten Informationsaustausch zwischen Unternehmen und der Marktverwaltung.

Strategische Allianz

Der Markt zeichnet außerdem verantwortlich für die Gründung der Wirtschaftsentwicklungs- und



Regierungspräsidenten zu Gast im Landkreis Donau-Ries

Zwei Mal im Jahr treffen sich die bayerischen Regierungspräsidenten zu einer Dienstbesprechung. Die jüngste Tagung fand im Landkreis Donau-Ries statt, bei der u. a. Themen wie die Energiewende und die Unterbringung von Asylbewerbern behandelt wurden. Landrat Stefan Rößle freute sich, die Präsidenten im Landratsamt Donau-Ries begrüßen zu dürfen und wünschte ihnen viele schöne Eindrücke vom Landkreis. Im Rahmen der Tagung besuchten die Gäste u. a. den Geopark-Ries wie auch die Firma Eurocopter.

Unser Bild zeigt Landrat Stefan Rößle (rechts) zusammen mit den Regierungspräsidenten (von links): Karl Michael Scheufele (Schwaben), Dr. Thomas Bauer (Mittelfranken), Brigitta Brunner (Oberpfalz), Wilhelm Wenning (Oberfranken), Ministerialdirektor Günter Schuster, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Dr. Paul Beinhofer (Unterfranken), Heinz Grunwald (Niederbayern) und Christoph Hillenbrand (Oberbayern). □

Regionalförderungsgesellschaft XperRegio. Ziel dieser strategischen Allianz von niederbayerischen Kommunen ist die Förderung und Unterstützung von Personen mit unternehmerischem Gespür. Auf diese Weise wurde das Unternehmertum in Niederbayern gefördert und es konnten bereits 400 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Vorbildlich ist der Markt Arnstorf auch im Bereich Umweltschutz und Ressourcenschonung. Allein durch die Umstellung der Brauchwasserversorgung an der Kläranlage können jährlich 20.000 Kubikmeter Trinkwasser eingespart werden.

Vertreten durch Ersten Bürgermeister Fridolin Göbl an der Spitze erhielt schließlich die Gemeinde Oberhausen den begehrten Preis. Mit ihren etwa 2.600 Einwohnern ist Oberhausen ein attraktiver Industrie- und Gewerbe-

standort im Regierungsbezirk Oberbayern, der von seiner guten infrastrukturellen Anbindung und einer hohen Lebens- und Wohnqualität profitiert.

Flache Hierarchien

Ein funktionierendes Zusammenspiel innerhalb der Verwaltung, flache Hierarchien, offene Türen und der Erste Bürgermeister als direkter Ansprechpartner für die Gewerbetreibenden – all das sind Attribute, die die Gemeinde Oberhausen nach Auffassung der Jury auszeichnen.

Als außergewöhnliche Maßnahme zur Förderung der lokalen Wirtschaft sei gerade für eine Ge-

meinde dieser Größe der Ausbau eines Multimedia-Breitbandnetzes im Rahmen einer Public Private Partnership zu nennen. „Die Ansiedlung von Gewerbetrieben kann auf diese Weise forciert, die Standortbedingungen für bestehende Betriebe können verbessert und die Vermarktung von Gewerbe- und Wohnbauflächen kann vorangetrieben werden.“

Der Motor für das Handeln der Gemeinde ist auch ihre Devise „Nur wer Visionen hat, kann die Zukunft gestalten“. Die Mitwirkung von großen Teilen der Bevölkerung an den Projekten der Gemeinde verdeutlicht das Motto der Oberhausener: „Wir ziehen an einem Strang“. DK

Kreisverwaltungen:

Experimentierraum für innovative Projekte

Landräte tagten im Kreis Miltenberg

Als „Experimentierraum für innovative Projekte“ verstehen sich die Mitglieder des Deutschen Innovationsringes für Kreisverwaltungen, der sich zu seiner Frühjahrstagung im Landkreis Miltenberg traf. Ziel des Innovationsringes ist neben dem Erfahrungsaustausch, neue Projekte im Bereich der Verwaltungsmodernisierung zu initiieren und Impulsgeber für andere Verwaltungen zu sein.

Ein Themenschwerpunkt war die Ausbildungssituation in den Kreisverwaltungen. Die aktuelle Situation ist von gegenläufigen Entwicklungen geprägt. Während der Bedarf an Bewerbern, die für eine Ausbildung im Verwaltungsdienst geeignet sind, ansteigt, nimmt die Zahl der Schulabgänger im bundesweiten Trend, die für eine solche Ausbildung in Frage kommen, ab.

Zentrale Ursache dieser Entwicklung ist der demografische Wandel. Deshalb ist es wichtig, dass die Landkreise ihre Aktivitäten zur Ausbildung von jungen Menschen intensivieren. Dazu gehört es, die Attraktivität der Landkreise als Arbeitgeber stärker herauszustellen. Landkreise bieten vor Ort sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu attraktiven finanziellen Konditionen, auch schon während der Ausbildung. Auch bieten die Landkreise Ausbildungsberufe für Schulabgänger jeder Qualifikationsstufe bis hin zum Studium an einer Fachhochschule. Zudem haben die Land-

kreise flexible Arbeitszeiten und sind familienfreundliche Arbeitgeber.

Der Einfluss von Informations- und Kommunikationstechniken nimmt ständig zu. Die private und berufliche Nutzung sozialer Medien und des Web 2.0 steigt stetig an. Die Verwaltungen stehen vor der Herausforderung zu klären, in welcher Weise die neuen Medien von Nutzen sein können. Chancen werden insbesondere in einer verstärkten Teilhabe von Bürgern als aktive Mitglieder der Gesellschaft gesehen. Hierzu gab es einen informativen Fachvortrag der Online-Managerin der Stadt Coburg, Karin Engelhart mit dem Thema „Was leisten neue Medien in der Bürgerbeteiligung?“ Der Innovationsring wird sich weiter mit dieser Thematik beschäftigen.

Themenfelder waren darüber hinaus die interkommunale Zusammenarbeit mit einem Erfahrungsbericht zu den kooperativen Bürgerbüros im Kreis Ludwigslust-Parchim sowie ein aktueller kommunalpolitischer Lagebericht. □

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 13. April 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/6933 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
39685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANGIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Petek.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Sportgeräte

BENZ SPORT
www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 02195 / 49 05 - 0 | Fax 02195 / 49 05 - 77 | info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70